



Foto: transit/v. Polentz

Ehrenrunde: Das erste Fernsehmuseum Deutschlands öffnete am 1. Juni im Sony-Center am Potsdamer Platz. Eröffnungsgastredner Lorient (Vico von Bülow) durfte vorab mit Ehefrau schon mal schauen.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Kunstfertiges in der Medien
Galerie

SEITE 4

Nalepastraße: Mülldeponie
statt Medienstandort?

SEITE 7

Es qualmt bei der Berliner
Zeitung

MITTELSEITEN

ver.di ehrt die Mitglieder
„Sechzig plus“

SEITE 11

Geschichten aus der
Streusandbüchse

SEITE 12

Musikschule – im Prinzip Ja

KEINE ENTEIGNUNG VON KREATIVEN LEISTUNGEN

Aktionsbündnis macht gegen Urheberrechtsnovelle mobil

Noch bei ihrer Chinareise brach Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Lanze für den Urheberrechtsschutz. Im eigenen Lande scheint die Bundesregierung keinen Sinn für solche Peanuts zu haben – zumindest, wenn es sich um das geistige Eigentum von Journalis-

Liebesdienst
für die Industrie

ten, Textern und Autoren handelt: Der Regierungsentwurf zum 2. Korb der Urheberrechtsnovelle vertritt weitgehend die Interessen der Industrie. Ein Aktionsbündnis will gegen die Reform mobil machen. Am 29. Mai informierten

Prof. Ferdinand Melichar und Hans Peter Bleuel, beide im Vorstand der VG Wort, in Berlin über die Pläne des Bündnisses. Vierzehn Verbände und Vereine – neben den Verwertungsgesellschaften VG Wort und VG Bild-Kunst auch ver.di, DJV sowie BDZV und VDZ – haben sich zusammengeschlossen, um die Gesetzesnovelle zu stoppen.

Bisher entrichten Hersteller von Aufzeichnungsgeräten und Speichermedien eine pauschale Vergütung an die Verwertungsgesellschaften, die diese an die Urheber geistiger Leistungen ausschütten. Dieses bewährte System will die Bundesregierung nun aushebeln. Im Kern geht es dabei um einen Vorstoß der Gerätehersteller, denen Exbundeskanzler Ger-

hard Schröder im vergangenen Jahr ein Entgegenkommen versprochen hatte.

Den Verwertungsgesellschaften – und damit den Urhebern – würden Einnahmeverluste in Millionenhöhe entstehen. Nach dem Regierungsentwurf, der am 26. Juni zum ersten Mal im Bundestag gelesen wird, sollen die Vergütungssätze an den Verkaufspreis der Geräte gekoppelt werden. Vorgesehen sei, dass höchstens fünf Prozent des Verkaufspreises vergütet werden, so Melichar. Die Vergütung würde dann minimal ausfallen, da die Gerätepreise stetig fallen, während das Geschäft zunehmend mit Verbrauchsmaterialien wie Toner und Tinte gemacht werde.

Geräte, deren Nutzung für privates Kopieren unter zehn Prozent liegt, sollen vergütungsfrei bleiben. „Dies festzulegen ist widersinnig, eine Kontrolle unmöglich“, betonte Melichar. Leistungsstarke Geräte könnten so viele Kopien erstellen, dass auch zehn Prozent davon urheberrechtlich relevant seien.

Dank digitaler Technik können Verbraucher in immer größerem Umfang Musik, Texte oder Bilder kopieren. Daher ist es wichtiger denn je, dass Kreative – Autoren, Texter, Journalisten – weiterhin angemessen vergütet werden. Das Aktionsbündnis fordert daher, das bisherige System weitgehend beizubehalten.

Alle Wahrnehmungsberechtigten sind aufgefordert, das Thema im Kollegenkreis öffentlich zu machen und auf das Aktionsbündnis zu verweisen. Sinnvoll sei es auch, in einem Brief den Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises für das Thema und die Situation der Urheber zu sensibilisieren. Weitere Infos im Internet unter: www.vgwort.de/aktionsbueundnis.php.

Das sind die Fakten: Im Westen müssen sich 25 Prozent und im Osten fast 60 Prozent, deutschlandweit bereits ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten mit einem Niedriglohnjob zufrieden geben (Bruttolohn von weniger als 2.163 Euro). Ein Sechstel der Vollzeitbeschäftigten muss sogar mit Armutslöhnen zurecht kommen (Löhne von weniger als 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohn = 1.442 Euro brutto bzw. 1.012 Euro netto). Im Osten sind das fast 30, – im Westen 12 Prozent.

Der Niedriglohnsektor wächst – immer mehr erwerbstätige Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Besonders gebeutelt von Armutslöhnen sind Frauen (über 70 Prozent der Betroffenen), Beschäftigte im Dienstleistungsbereich, vor allem in Kleinbetrieben mit weniger als 100 Beschäftigten.

Dazu kommt die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch Zunahme von Teilzeitarbeit und Minijobs. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Niedriglöhnen ist doppelt benachteiligt – zu geringe Stundenzahl und zu niedriger Lohn! Angesichts einer dauerhaft hohen Massenarbeitslosigkeit steigt die Bereitschaft zur Annahme von Niedriglohnjobs, weil die Betroffenen keine Alternative

sehen. „Besser schlecht bezahlt als gar keine Arbeit“, diese Einstellung wird gefördert und von den Vertretern neoliberaler Positionen mit einer Medien-Daueroffensive unterstützt. Angesichts dieser Entwicklung fordert ver.di einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro ab 2007, der schritt-

nehmens- und Vermögenseinkommen sind um 32 Milliarden Euro gestiegen, ArbeitnehmerInnen hatten dagegen 6 Milliarden Euro weniger in der Tasche. Seit über zehn Jahren steigen die Gewinne auf Kosten der Löhne. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt nicht einmal mehr 4 Pro-

– die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. In anderen europäischen Ländern gab es Lohnzuwächse, auch durch Steigerungen der gesetzlichen Mindestlöhne – die Arbeitslosigkeit ging zurück. Wir brauchen eine Steigerung der Kaufkraft durch steigende Löhne. Durch Lohnverzicht entstehen keine Arbeitsplätze – im Gegenteil: Sie werden vernichtet.

Es gibt in Europa gute Vorbilder für Mindestlöhne. So haben Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder Mindestlöhne zwischen 7,50 Euro und 9 Euro. Auch wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit Arbeit nicht arm macht. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro gibt es eine Haltelinie, die menschenunwürdige Löhne verhindert. Zudem werden Armutslöhne bekämpft, wo keine Tarifverträge existieren oder die Gewerkschaften zu schwach sind, existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Gleichzeitig wird die Lohndiskriminierung von Frauen abgebaut und der zunehmende Druck auf die Tariflöhne gesenkt.

Ein gesetzlicher Mindestlohn wird uns nicht geschenkt! Deshalb brauchen wir jede Unterstützung bei den Aktionen im Rahmen der Mindestlohnkampagne!

AUF EIN WORT

DAMIT
ARBEIT NICHT
ARM MACHT

Foto: transktiv. Polentz

GÜNTHER WASCHKUHN,
STELLVERTRETENDER VER.DI-LANDESLEITER

weise auf 9 Euro steigen soll. Erst eine derartige, nicht unbescheidene Lohnhöhe sorgt für eine menschenwürdige Lebensführung.

Das Volkseinkommen ist allein im letzten Jahr um 26 Milliarden Euro gewachsen. Jedoch: Unter-

zent des Nettovermögens. Also: Das Geld ist da, es wird nur falsch verteilt.

Führen höhere Löhne zu mehr Arbeitslosigkeit? Genau das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahren sinken die Reallöhne in Deutschland

BUCHTIPP

MASSENGRAB
MITTELMEER

ASSOCIATION A 2005

Fast täglich erfahren wir in den Medien von Flüchtlingsströmen rund um das Mittelmeer. Nur kurz wird meistens erwähnt, dass die Überlebenden schnell in ihre Heimatländer zurück geschickt werden. Schon zappen wir zur nächsten Meldung und warten darauf, dass die nächsten Flüchtlingsströme für Schlagzeilen sorgen. Doch es gibt noch engagierte Menschenrechtler, die in den Flüchtlingen in erster Linie Menschen sehen, die auf der Suche nach einem besseren Leben alle Risiken auf sich nehmen. Dazu gehören der Niedersächsische Flüchtlingsrat, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Forschungsgesellschaft für Flucht und Migration (FFM). Diese drei Organisationen haben kürzlich ein

schmales Buch herausgegeben, das aufschreckt.

Es wird mit einem Interview des langjährigen TV-Journalisten Elias Birdel eingeleitet, der im Sommer 2004 als Verantwortlicher des deutschen Flüchtlingsschiffs Cap Anamur für Schlagzeilen sorgte. Das Schiff wollte mit 37 Schiffbrüchigen an Bord einen italienischen Hafen anlaufen. Doch die Regierung in Rom schaltete auf stur, während die Solidaritätsbewegung mit den Geretteten schnell wuchs und selbst Bürgermeister konservativer Parteien erfasste. Am Ende wurden die Flüchtlinge dennoch unter menschenunwürdigen Bedingungen abgeschoben, die Cap Anamur beschlagnahmt. Birdel wurde für kurze Zeit inhaftiert. Er verteidigt seine Position noch heute. In den folgenden Beiträgen wird geschildert, wie durch technisches Know-how, verstärkte Militarisierung der Mittelmeerregion und Verträge mit den afrikanischen Anrainerstaaten die Grenzen für Mig-

ranten immer undurchlässiger werden. Das Risiko wird größer und die Zahl der Toten und Schwerverletzten steigt.

Die Autoren weisen nach, dass das Mittelmeer, noch immer eines der beliebtesten Urlaubsziele für Menschen in unseren Breiten, längst zum „Massengrab für Flüchtlinge aus Afrika“ wurde. So wird aus einer Studie der „Global Commission on International Migration“ zitiert: „Nach einer Mitteilung aus dem Jahr 2002 an das UN-Generalsekretariat sind zwischen 1997 und 2001 über dreitausend Migranten gestorben, hauptsächlich bei dem Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu überqueren“. Der Marokko-Experte der UN-Flüchtlingsorganisation resümiert: „Geht man davon aus, dass nur jeder dritte Tote gefunden wird, würde dies bedeuten, dass in den vergangenen fünf Jahren (1997 – 2001) allein in der Meerenge von Gibraltar über zehntausend Auswanderer umgekommen sind.“

Ausführlich geht FFM-Mitarbeiter Helmut Dietrich auf die von vielen EU-Politikern favorisierten Pläne ein, in Nordafrika Auffanglager für die Flüchtlinge zu errichten. Christopher Nsoh von der Brandenburger Flüchtlingsinitiative skizziert die Debatte über die unterschiedlichen Lagermodelle. Ein italienischer Journalist beschreibt in seiner Reportage „Die Verdammten der Sahara“ die Odyssee von afrikanischen Flüchtlingen. Am Ende werden Aktivitäten von Menschen- und Flüchtlingsgruppen in verschiedenen europäischen Ländern vorgestellt. Die Zeichen der Zeit stehen leider nicht günstig. Erst vor wenigen Wochen wurden von den verantwortlichen EU-Politikern weitere Abschottungsmaßnahmen beschlossen.

Peter Nowak

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration/Flüchtlingsrat Niedersachsen/Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrg.). AusgeLAGERT. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen, 190 Seiten, Verlag Assoziation A, Berlin 2005, 10,00 €, ISBN 3-935936-44-3

Gott grüß' die Kunst!

Medien Galerie zeigt Illustrationen aus Gewerkschaftsbeständen



Foto: transit/v. Polentz

Fachsimelei unter Experten von ver.di und der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Vernissage

Die Exponate sind einzigartige Zeugnisse gewerkschaftlicher Arbeiter- und Alltagskultur: Allegorische und metaphorische Darstellungen im historisierenden Stil finden sich reichlich – manche sehr ernst gemeint, manche mit einem kräftigen Schuss Humor gezeichnet. Daneben bestechen in Jugendstil-Manier mit Ornamenten und Schmucklinien verzierte Blätter oder solche mit schnörkellosen Schriftzügen in Schwarz-Rot, angelehnt an die Agit-Prop-Avantgarde. Der Geschmack und die Darstellung haben sich geändert wie die Kunstrichtungen: Aus dem Jahr 1848 datiert die Gründungsnummer der Zeitschrift „Gutenberg“ der Buchdrucker und Schriftgießer, das älteste gezeigte Dokument. Das jüngste erschien zur 50-Jahrfeier des Berliner Buchdrucker-Gesangvereins „Typographia“ 1929. Vierundsiebzig Exponate, die sich unter der Bezeichnung „Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen“ zusammenfassen lassen, werden in der Medien Galerie erstmals gezeigt. „Gott grüß' die Kunst!“ heißt die bemerkenswerte Ausstellung, die am 2. Mai eröffnet wurde.

Zuerst betrifft das Attribut bemerkenswert die Exponate selbst

und das, was sie dokumentieren: Rund achtzig Jahre gewerkschaftliches Arbeiten, Kämpfen und Feiern von Berufsgruppen, die als „intellektuelle Avantgarde“ der Arbeiterbewegung historisch erste nationale Tarifverträge und Arbeitszeitverkürzung durchsetzten, sich aber zugleich bei der Bildung einer Einheitsgewerkschaft schwer taten. Diesen Hintergrund verdeutlichen die ausgestellten Zeitungen, Illustrationen und Festschriften freilich nur vage. Die überschwängliche Ehrung des Lithographen-Vaters Senefelder, die Darstellung von Palmwedeln und Siegesgöttinnen, Berufsinsignien oder auch übermütigen Feierszenen auf Festschriften lassen eindeutig politische Aussagen eher in den Hintergrund treten.

Die Ausstellung belegt hier zweifellos die Kunstfertigkeit und Kreativität, mit der „Künstler“ unter den Arbeiterinnen und Arbeitern im grafischen Gewerbe ihre Publikationen gestalteten. Es hieß allerdings die Proportionen zu verschieben, schloße man aus der Menge der präsentierten Blätter etwa des Senefelder-Bundes direkt auf die Rolle und Aktivität seiner Mitglieder innerhalb der vier grafischen Gewerkschaften. Der Katalog schafft hier dankenswerten Ausgleich. Karl Michael

Scheriaus Aufsatz „Gemeinsam sind wir stark – allein sind wir stärker?“ informiert faktenreich über die separate Entwicklung der grafischen Berufsgewerkschaften vor 1933.

ODYSSEE ALS BEUTESTÜCKE

Die Exponate stammen sämtlich aus Gewerkschaftsarchiven und Bibliotheken, die – nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis am 2. Mai 1933 – geplündert und ausgeraubt worden waren. Ein Teil dieser „Beute“-Bestände wurde allerdings gerade im Keller des Berliner Hauses der Buchdrucker eingelagert – unter der Ägide von Hitlers Arbeitsfront und mit der Maßgabe, sie später in einem geplanten Museum einer untergegangenen Welt als Reliquien zu zeigen. Dazu kam es nicht. Doch die Dokumente überlebten die Bombennächte. Nach 1945 gerieten sie bald in einen Interessenstreit der Siegermächte. Von den Amerikanern als herrenloses NS-Schriftgut deklariert, gelangten etwa 100 000 Bände in die Bibliothek des Kongresses nach Washington. Später wurde ein Großteil der Bestände an die Gewerkschaften in den Westsektoren

MITTSOMMERFEST

Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen zum **Johannisfest** am Sonnabend, 24. Juni 2006, im Hof des Hauses der Buchdrucker, Dudenstrasse 10, 10965 Berlin-Kreuzberg, 16 Uhr bis 22 Uhr.

Die Drucker haben immer schon an diesem Tag den Geburtstag von Johannes Gutenberg, dem Vater der Schwarzen Kunst, gefeiert. Alle anderen können es auch. Es ist Mittsommernacht. Ein arbeitsreiches erstes Halbjahr geht dem Ende zu. Die Sommerferien stehen bevor.

Programm

- Die Bolschewistische Kurkapelle
- Molto Mosso
- ein Täuschungskünstler
- Kabarett
- Höhepunkt der Überraschungen: Papierwelt – Laufsteg der Ernst-Litfaß-Schule – Oberstudienzentrum Druck- und Medientechnik

Ihr Kurzen und Halblangen habt zwischen 16 und 19 Uhr euer eigenes Programm mit Zaubern, Pflastermalerei, Schminken und kleinen Überraschungen.

Fürs leibliche Wohl wird gesorgt.
Eintritt: 4 €; ermäßigt 2 €
(Azubis, Erwerbslose, Rentner);
Kinder bis 12 Jahre frei

Karten unter: Tel. 88 66-5405 und in der Medien Galerie Dudenstr. 10 zu den Öffnungszeiten der Ausstellung „Gott grüß' die Kunst“: Mo. 14 – 16 Uhr, Di. 17 – 19 Uhr, Do. und Fr. 15 – 19 Uhr.

ren zurückgeschickt. Der DGB übernahm die neuerliche „Aufteilung“ der etwa 60 000 Bände an die Einzelgewerkschaften. Der „Löwenanteil“ gelangte zur IG Druck und Papier und so später ins Archiv der IG Medien. Bei ver.di-Gründung wurde er der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Aufbewahrung und Aufarbeitung übergeben. Im Zuge ihrer Sichtung und Katalogisierung entstand die Idee zur Ausstellung. Die Schau wird nun auch von der Stiftung, dem ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie und dem Karl-Richter-Verein zur Geschichte und Tradition der Buchdrucker gemeinsam veranstaltet. **neh**

Die Exposition läuft noch bis zum 28. Juli in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker, (www.medien-galerie.org). Der Katalog, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn 2006, (ISBN-Nr. 3-89892-493-9) kann kostenfrei erworben werden.

Wo das Chaos regiert

Mieter empört: Mülldeponie statt Medienstandort Nalepastraße

Mit dem Verkauf des ehemaligen DDR-Rundfunkgebäudes waren Finanzsenator Sarrazin und Wirtschaftssenator Wolf ganz offensichtlich froh, endlich ein Problem weniger am Hals zu haben. Irrtum. Das Problem hat damit erst begonnen, und zwar mit aller Wucht, in Form von Verfall, Verwahrlosung, ekelerregender Verschmutzung und Gestank. Gelassen, wie es scheint, lehnt man sich indessen zurück, man sei ja nicht mehr zuständig.

Formal betrachtet, stimmt das sogar. Gäbe es da im Verkaufsvertrag nicht die Klausel, dass der Käufer die Immobilie gemäß den Bestimmungen für denkmalgeschützte Objekte zu behandeln hat, widrigenfalls der Vertrag annulliert wird. Dass der von SPD und Die Linke. PDS gebildete Se-

nat diese Klausel nicht umsetzt, ist nach der berechtigten Meinung der 140 Mieter im Objekt sträflich. Dies ihre einhellige Feststellung zu abendlicher Stunde des 16. Mai im Sendesaal 2 des Funkhauses Nalepastraße. Die Mieter, die immerhin 350 Existenzen repräsentieren, fühlen sich im Stich gelassen. Zum 1. Juni drohte ihnen die Abschaltung des Stroms. Der für die Haustechnik zuständige Dienstleister macht dicht, weil der neue Besitzer die anfallenden Rechnungen nicht bezahlt. Niemand blickt mehr durch. Ständig werden neue Tochter-Unternehmen gegründet, um unversehens wieder zu verschwinden. Ein klarer Fall von Spekulantentum, Finanzmanipulation, wenn nicht sogar Geldwäsche, mutmaßte man in der Runde. Von „Spekulantent-

banden“ war die Rede, die ungehindert ihre dunklen Geschäfte betreiben. Da tauche neuerdings auch ein Autohändler auf, und gemeinsam mit Besitzer und Baumaschinenverleiher Thiele verwandele man das Funkhausgelände in eine Müll- und Schadstoffhalde. Lastwagenweise würden alte Kühlschränke, Dachpappe und asbestverseuchtes Material abgekippt. Nach dem angekündigten neuen Medienstandort sieht das absolut nicht aus. Hätte man dies ernsthaft vor, müßte man doch froh sein, einen international geschätzten Klangkörper als Mieter bereits im Hause zu haben. Stattdessen wird das Deutsche Filmorchester Babelsberg gezwungen, sich eine neue Bleibe zu suchen. Musikinstrumente verschwinden trotz Objektschutz auf geheimnisvolle Weise. Wie steht es mit „Gebäude-, Haftpflicht- oder Feuerversicherung für das Objekt, wollten die Mieter wissen. Auf welchem Stand befindet sich die Planung für die Zukunft des künftigen Medienstandorts? Gibt es dafür überhaupt ein Konzept? Wo bleibt der für März angekündigte Masterplan? Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den seit langem angekündigten Investoren? Von ihnen hört und sieht man nichts. Der all dies beantworten sollte, war ein im Saal als einziger Vermieter-Vertreter anwesender Herr Matschke, der von der Käuferseite Go East Invest SE ins Rennen



Foto: transitiv. Polentz

... innen stinkt's zum Himmel

geschickte Zuständige für Angelegenheiten des Rechts. Der Begriff Justiziar wäre in diesem Fall wohl zu hoch gestochen. Rechtsvertreter Matschke indessen hob bei all diesen Fragen hilflos die Arme, beteuerte mit verlegenem Blick und leiser Stimme, dass er von nichts etwas wisse und zu nichts etwas sagen könne. Dann könne er ja gehen, hallte es ihm entgegen, was er denn auch wortlos tat. Von einem Triumph für die Versammelten konnte ob dieser Wendung jedoch nicht die Rede sein. Nach dem Abgang des Abgesandten der Go East Invest, dem zu schweigen und zu vertuschen offenbar aufgegeben war, blieben die Probleme der genarrten Mieter und ihre wütende Forderung an den Senat, für gesetzmäßige Verhältnisse zu sorgen. Und sei es mit Hilfe des Staatsanwaltes. **Bernhard Kellner**



Foto: B. Kellner

Funkhaus: Außen pfui und ...

Bezirkliche Kultur – Sieg der Technokratie

Ein Anfang wurde gemacht: Unter dem Motto „Recht auf Arbeit – Recht auf Kultur. Zur Situation der Kultur in den Berliner Bezirken“ trafen sich am 16. Mai im verdi-Haus Köpenicker Straße interessierte Mitglieder mit zwei ausgemachten Fachfrauen in Sachen bezirklicher Kulturarbeit: Almuth Nehring-Venus, seit 2002 Bezirksstadträtin für Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung in Pankow, und Dr. Dorothea Kolland, seit 25 Jahren Leiterin des Kulturamts Neukölln. Die Gäste

informierten kenntnis- und faktenreich über Rolle und Möglichkeiten bezirklicher Kulturarbeit, die als „freiwillige“ Aufgabe seit langem eklatanten Eingriffen und Kürzungen unterliegt und über weite Strecken unterfinanziert ist. Das noch unter der großen Koalition eingeführte System der Finanzzuweisungen, dem eine Summierung der bezirklichen Leistungen als sogenannte „Produkte“ und deren Nivellierung auf einen imaginären Mittelwert zwischen allen Bezirken zugrunde liegt, sei

in der Öffentlichkeit kaum bekannt und ein „Sieg der Technokratie“, führte Almuth Nehring-Venus erklärend aus. Pankow mit einem vergleichsweise sehr hohen Niveau bezirklicher Kulturleistungen müsse so jährlich Millionensummen an „ärmere“ Bezirke abgeben.

Allerdings könne niemand sicher sein, dass diese Mittel dort für Kulturarbeit verwendet würden und nicht im Straßenbau landeten. Dorothea Kolland beklagte, dass so nahezu jegliche politi-

sche Einflußnahme ausgeschlossen sei. Beide Expertinnen waren um Mitstreiter im Kampf gegen dieses Finanzsystem, das noch dazu weitgehend am Abgeordnetenhaus vorbei als reiner Verwaltungsakt betrieben werde und Planbarkeit fast ausschließe.

Vertreter des Bezirksvorstandes Berlin des verdi-Fachbereichs 8, der zu der Informationsveranstaltung geladen hatte, dankten den Expertinnen für die vermittelten Einsichten. Man wolle am Thema dranbleiben. **red.**

Dem alten Berliner Sinnspruch „Lebenslauf, ick erwarte dir!“ können viele nur frustriert begeben: „Ick hab nüscht zu erwarten“. 450.000 Hauptstädter müssen mit einem Nettoeinkommen unter 500 Euro leben. Berlin hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Die Armut wächst. In der vom DGB einberufenen Stadtpolitischen Konferenz am 19. Mai forderten die Gewerkschaften das Leitbild einer sozialen und solidarischen Stadt ein.

Der Touristenboom aus aller Welt beweist auf der Sonnenseite, dass Berlin Visionen entfaltet – kulturelle, historische, architektonische, urbane. Doch für ihre Bürgerinnen und Bürger entwickelt die Stadt keine „soziale Vision für eine gerechte Zukunft“. Das konstatiert das von der Stadtpolitischen Konferenz ausgehende Memorandum zur Berliner Landespolitik. „Es fehlt die Leitidee.“ Auf der Schattenseite darf sich Berlin mit dem zweifelhaften Titel „Hauptstadt der Armut“ schmücken. Die Tagung, zu der Vertre-

Prekäre Beschäftigung explodiert

terinnen und Vertreter des DGB, von ver.di, der IG Metall und anderen Einzelgewerkschaften, aus Kommunen, Kirchen und von Verbänden mit Arbeitsmarktforschern und Politikern über Lösungsansätze diskutierten, verteilte schlechte Noten. Berlin hat kaum Industrie, thront auf einem gigantischen Schuldenberg. Hier gibt es die meisten armen Kinder, die meisten arbeitslosen Jugendlichen und eine wachsende Grauzone prekärer Beschäftigung. Politik müsse in der Stadt gemeinsam entwickelt werden, sagte DGB-Vorsitzender Dieter Scholz zum Anliegen dieses erstmals veranstalteten Forums.

„Wir wissen heute, dass die meisten Erwartungen an Berlin nach der Wiedervereinigung maßlos überzogen waren und die meisten wirtschaftlichen Prognosen falsch“, analysierte Dr. Kurt Geppert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. „Alle großen Potenziale der Stadt können nicht genutzt werden, wenn die Investitionsquote auf Null gefahren wird. „Berlin muß wieder investieren!“

Für immer größere gesellschaftliche Gruppen gerät der so-

Lebenslauf, ick erwarte dir!

Stadtpolitische Konferenz des DGB: Berlin braucht Leitbild

ziale Status ins Wanken, Lohnarbeit ist nicht mehr Basis stabiler Lebensplanung, so Arbeitsmarktforscher Prof. Dr. Klaus Dörre von der Uni Jena. Die Arbeitswelten spalten sich von regulärer Erwerbsarbeit bis zu Arbeitslosigkeit in der dritten Generation. Der Niedriglohntsektor wächst. Im vielgelobten neuen Profil Berlins als Medien-, Wissenschafts-, Dienstleistungs- und Gesundheitsstandort gibt es Verzerrungen. „Der Fahrstuhl nach unten fährt immer schneller, nach oben einzusteigen, gelingt nur wenigen.“

Ausgehend von der Tatsache, dass 2005 die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten erneut um 17.900 gesunken ist, erklärte Gabi Lips von ver.di Berlin das Ausmaß prekärer Beschäftigung. Dazu gehört Arbeit praktisch ohne Entlohnung wie die von Praktikanten oder 1-Euro-Jobbern, von denen Berlin über 30.000 hat. Auch Scheinselbstständigkeit in oft dubiosen Franchise-Konstruktionen nimmt explosionsartig zu. Als „ganzschwierige Situation“ bezeichnete die Gewerkschafterin die Unsicherheit von immer mehr freien Journalistinnen und Journalisten. Wird ihre Arbeit abgenommen und angemessen honoriert? Machen sich Investitionen in Arbeitszeit und Sachkosten bezahlt? All das sei zunehmend unklar. Auch im Logistikbereich nehmen Ausgründungen von Dienstleistungen und der Druck auf die Beschäftigten zu. So würde die Entlohnung von Fahrern u.a. davon abhängig gemacht, dass sie minutengenaue Lieferpläne einhielten – was oft nicht beeinflussbar sei. Bei Scheinselbstständigkeit – ehemals fest Beschäftigten bleibt oft nichts übrig, als darin einzuwilligen – müssten alle Risiken und Kosten auf die eigene Kappe genommen werden.

Als unruhliches Beispiel darf die PIN AG gelten, bei der die Politik prekäre Beschäftigung geradezu produziert habe. Arbeitszeiten seien hier abhängig von Sendungen, Überstunden würden teilweise nicht bezahlt. Die Entlohnung sei teilweise so schlecht, dass ergänzend Arbeitslosengeld II gezahlt werden müsse.

Im öffentlichen Dienst der Stadt gäbe es 18.000 1-Euro-Jobs, oft von jenen ausgeführt, die zuvor entlassen wurden. Erschreckend auch die Lage im ambulanten Pflegebereich. Hier sind vor allem Frauen von geteilten Schichten – oft drei bis vier Abschnitte über den Tag hinweg – betroffen. Lips machte den Senat mitverantwortlich dafür, dass sich Berlin Hauptstadt der prekären Beschäftigung nennen dürfe. Er müsse mit seiner Beschäftigungspolitik Vorbild für andere Branchen sein.

17 Prozent der Berliner – 589.000 – gelten als arm. Das größte Risiko bildet die Langzeitarbeitslosigkeit, begleitet von Krankheit und Überschuldung, konstatierte Dr. Sibyll Klotz, Fraktionssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Vor allem die 500.000 alleinstehenden Frauen mit insgesamt 700.000 Kindern seien betroffen. „Die Politik hat diese

Gruppe zu wenig berücksichtigt.“ Etwa 11 Prozent der Beschäftigten sind „arm trotz Arbeit“ – Tendenz steigend. In Zeiten, in denen Vollbeschäftigung nicht mehr als Maßstab gelte, müsse ein gemeinschaftlicher Sektor geschaffen werden. Aus 1-Euro-Jobs müssten versicherungspflichtige Beschäftigungen gemacht werden. Potenziale der öffentlichen Hand sind ausbaufähig, auch ver.di ist gefordert, so ein Fazit der Konferenz.

Von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses werden klare Positionierungen zu den drängenden Problemen Berlins erwartet. Ein Haushaltsforum ist vereinbart, ein Gesprächskreis mit Arbeitsdirektoren einberufen... Gewerkschaften müssen stärker in politische Diskussionen eingebunden werden und am Gestaltungskonzept für die Zukunft der Stadt mitwirken, schlussfolgert der DGB. Die Konferenz war ein Anfang.

Bettina Erdmann

ANZEIGE

AOK – Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit
und
Gesundheitspolitik
im
Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher: Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de/bra>

AOK. Wir tun mehr.



100 Filme ganz von hier

Zweites Filmfestival achtung berlin – new berlin film award

Immerhin 6000 Besucher lockte das Festival in das Hackesche Höfe Filmtheater. Vom 11. bis 17. Mai erhielten dort vor allem Filme mit kleinem Budget eine Chance auf Publikum. Um am Wettbewerb „Made in Berlin“ teilzunehmen, musste der Film in der Haupt-

**Große Ausdruckskraft
trotz kleinem Budget**

stadtregion produziert worden sein; Filme in der Konkurrenz „Towards Berlin“ mussten in Berlin-Brandenburg spielen. „Das Interesse der Filmschaffenden war groß“, sagt Ulla Drenckhan, Mitorganisatorin des Festivals. Etwa 400 Filme seien eingereicht worden, rund 100 konnten gezeigt werden.

In der Kategorie „Made in Berlin-Brandenburg“ ging der Preis in Höhe von 2.500 Euro für den besten Spielfilm an „Der Kick“ von Andres Veiel. Dem Film liegt eine wahre und schockierende Geschichte zugrunde. 2002 quälten in dem uckermärkischen Ort Pötzlow mehrere Skinheads einen Mitschüler zu Tode. Die Jury prämierte den Film, weil er „intelligent und spannend zwischen den

Genres wandert und es wagt, mit brillanten Darstellern und stilisierter Filmsprache ein reales Ereignis zu hinterfragen.“ Mit gezielt eingesetzten Mitteln werde ein schmerzhafter Blick in gesellschaftliche und soziale Abgründe gewährt.

Die Auszeichnung als bester in Berlin produzierter Dokumentarfilm wurde geteilt: Jeweils 1.250 Euro erhielten „Friendly Enemy Alien“ von John Burgan und „Manana al Mar“ von Ines Thomsen. Ersterer überzeugte die Jury wegen seines packenden Inhalts: Gezeigt wird das Versagen von Regierungen, die mit Flüchtlingen konfrontiert werden. „John Burgan erzählt mit klarer persönlicher Haltung zwei Geschichten von Exil, Zufall und Glück. Geschichten, die erzählt werden müssen.“

Manana al Mar überzeugte die Jury mit seiner formalen Stärke und Ausdruckskraft. Ines Thomsen hat als Drehbuchautorin, Regisseurin und Kamerafrau eine Gruppe von Senioren am Stadtstrand von Barcelona begleitet. Ganz normale alte Menschen, die hier im Winter ihre Tage verbringen, weil sie das Meer lieben, weil sie gerne baden, Sport treiben oder plaudern. Sie haben ihren ganz persönlichen Weg ge-

funden, um sich die letzte Etappe ihres Lebens so angenehm wie möglich zu gestalten. „Ines Thomsen hat einen poetischen Film gedreht und beweist darin einen exakten, emotionalen und erfrischend unaufgeregten Blick für große Bilder.“

Sachpreise gab es in der Kategorie „Towards Berlin“. Zum besten Spielfilm kürte die Jury „Neun Szenen“ von Dietrich Brüggemann. In neun Tableaus entfalte der Film um eine Abiturientin einen Reigen von Beziehungen, Missverständnissen und Verwicklungen. Zum besten Berlin-Dokumentarfilm gewählt wurde „Portamento“ von Katharina Werner. Die Regisseurin zieht durch Berlin, ein Klappstischchen und Stühle im Gepäck. Sie bittet Passanten, ihre Taschen zu öffnen und zu erklären, was sie mit sich führen. Die Angesprochenen aber eröffnen ihr viel mehr: Portamento gebe tiefe Einblicke in unterschiedliche Lebensentwürfe, Schicksale und in einen Alltag, der plötzlich poetisch aufleuchtet. Weitere Preise gab es für Kurzspielfilme und -dokumentationen.

Zumindest für die Siegerfilme sieht Drenckhan gute Chancen, einen Verleih zu finden und in die Kinos zu kommen. **uch**

GEKIPPT

In einer faktischen Nacht-und-Nebel-Aktion hat der Bundestag am 1. Juni langjährigen Selbstständigen die gerade eröffnete Möglichkeit einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung wieder genommen. Und zwar mit sofortiger Wirkung. Wer vor 2004 selbständig wurde und bestimmte Voraussetzungen erfüllte, hatte nach der ursprünglichen Gesetzesfassung eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2006, um einen Antrag auf freiwillige Arbeitslosenversicherung zu stellen (ausführlich siehe Sprachrohr1/06). Diese Frist wurde mit einem bürokratischen Winkelzug jetzt kassiert. Wer es bis zum 31. Mai nicht geschafft hat, den Antrag bei seiner zuständigen Arbeitsagentur zu stellen, wird nun voraussichtlich leer ausgehen.

*ver.di-Vize Frank Werneke protestierte gegen das „unglaubliche Vorgehen“, das laut „Süddeutsche Zeitung“ darauf zurückzuführen sei, dass „zu viele Selbständige die Möglichkeit nutzten, um relativ günstig an eine Beitragsleistung zu kommen“. Das ver.di-Selbständigen-Forum mediafon rät dennoch zu versuchen, weitere Anträge abzugeben. Darüber hinaus würden rechtliche Möglichkeiten gegen die Gesetzesänderung ausgelotet. **red.***

Was lange währt ...

Buchhandel: Urabstimmung besiegelt Abschluss

Bei den seit vier Jahren andauernden Tarifverhandlungen für den herstellenden und verbreitenden Buchhandel in Berlin und Brandenburg wurde am 9. Mai ein Abschluss erzielt. Er sieht erstmals wieder Entgelterhöhungen vor, die 1,9 Prozent betragen sollen und – so ver.di in einer Tarifinformation – „die Preiserhöhungen der letzten Jahre“ etwas „mildern“ sollen. Auch die Azubi-Vergütungen werden angehoben. Die von Arbeitgeberseite geforderte Stufenregelung zur Arbeitszeit konnte abgewehrt werden. Allerdings bedeutet die vereinbarte „Arbeitszeitanpassung“ zum 1. Juli, dass die Beschäftigten im Osten

zwar 39,5 Wochenstunden statt bisher 40 arbeiten werden, die im Westteil Berlins allerdings dann 37,5 statt 37 Stunden. Die 30minütige Arbeitszeiterhöhung und geringfügige Reduzierung von Freistellungen werden als „Preis“ für den Tarifabschluss gesehen, der auch umfasst, dass der Manteltarif ab Juli wieder in Kraft tritt. Die Tarifkommission hat den Kompromiss akzeptiert, gleichzeitig aber die Urabstimmung darüber beschlossen. Die ver.di-Mitglieder in den Berliner und Brandenburger Buchverlagen stimmten in der Urabstimmung ebenfalls zu, wie am 31. Mai bekanntgegeben wurde. **red**

Verfahrenere Kiste

Schaubühne: Beschäftigte fordern Entgelterhöhung

Die wirtschaftliche und tarifpolitische Lage in der Schaubühne am Lehniner Platz scheint heillos verfahren. Nachdem die gewerblichen Beschäftigten zwei Jahre lang durch Gehaltsverzicht das Überleben des Hauses gefördert hatten, bestehen sie nun auf der Einhaltung der tarifvertraglichen Vereinbarungen und den damit verbundenen Entgelterhöhungen ab 1. Januar 2006.

Die Direktion hat bislang die Rückkehr zur geltenden Tarifsituation verweigert und statt Gehaltserhöhung Arbeitszeitverkürzung angeboten. Das lehnen die Beschäftigten ab. Nach einem eindeutigen Votum der ver.di-Mit-

gliederversammlung vom 18. Mai wurde die Geschäftsführung erneut zur Zahlung aufgefordert. Das sei „eine grundlegende Voraussetzung“ dafür, dass überhaupt darüber nachgedacht werden könnte, in der Laufzeit der geltenden Tarifverträge zu neuen Absprachen zu kommen, informierte ver.di-Verhandlungsführer Andreas Köhn.

Für den Fall, dass jetzt nicht eingelenkt wird, müssten die (Nach-) Forderungen von den Beschäftigten individuell geltend gemacht und notfalls mit Gewerkschaftshilfe eingeklagt werden. Betroffen sind rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **red**

Qualm in der Bude

Berliner Zeitung kämpft um journalistische Unabhängigkeit

Die erwarteten Massenentlassungen beim Berliner Verlag blieben vorerst aus. Lediglich drei Kündigungen bei der Anzeigenzeitung „Abendblatt“ nährten die Befürchtungen des Betriebsrats, der Stellenabbau würde schleichend vorstatten gehen. Doch war das lediglich die Ruhe vor dem Sturm: Erst wechselte Uwe Vorkötter, Chefredakteur der Berliner Zeitung, in gleicher Position zur Frankfurter Rundschau, dann präsentierte die Chefetage völlig überraschend Josef Depenbrock als seinen Nachfolger. Die Belegschaft nahm diesen Affront nicht unkommentiert hin. Artikel schreiben, Seiten füllen – für den 29. Mai hatte sich der journalistische Alltag bei der Berliner Zeitung erledigt. Die schreibende Zunft beschloss den Ausstand, und – einmalig in der bundesdeutschen Verlagsgeschichte – der erste Arbeitstag des neuen Chefs begann mit einer Notausgabe, die ausschließlich mit Agenturmeldungen gefüllt wurde. Auf der Titelseite begründeten die Redakteurinnen und Redakteure ihren Schritt mit „Sorge über die Zukunft Ihrer und unserer Zeitung“.

Tatsächlich hatte die Geschäftsleitung die Redaktion überrumpelt. Eigentlich sollte an diesem Tag abschließend über ein Redaktionsstatut verhandelt werden. Einer der zentralen Punkte sollte

ein Mitspracherecht der Redaktion bei der Auswahl des neuen Chefredakteurs sein. Die Belegschaft hatte im Vorfeld schriftlich die Chefetage davor gewarnt, im Alleingang den Posten neu zu besetzen. Dies würden sie als „Affront“ verstehen. Aber genau so kam es: Statt zu verhandeln, wurde der Redaktion Depenbrock präsentiert. Der Betriebsrat reagierte „erstaunt und entsetzt“, das „Vertrauensverhältnis zur Geschäftsführung ist damit schwer beschädigt worden“.

Depenbrock war bisher Chefredakteur und Geschäftsführer in Personalunion bei der Hamburger Morgenpost. Auch dieses Blatt hatte die Investorengruppe um den Iren Montgomery gekauft, ebenso wie den Berliner Verlag („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“, „Abendblatt“, „tip“). Auch in Berlin soll er neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur Mitglied der Geschäftsleitung sein.

Nach Informationen der Mitarbeiter hält Depenbrock selbst Anteile an der BV Deutsche Zeitungsholding. In der Erklärung der Redaktion heißt es: „Die Redaktion wird mit ihrer ganzen Kraft dafür kämpfen, dass diese Verquickung zwischen redaktionellen und wirtschaftlichen Interessen auch unter der neuen Führung nicht zum Verlust journalistischer Qualität und Unabhängigkeit führt“.

Dass Depenbrocks Interesse nicht auf die Inhalte und die Interessen der Redaktion und damit des Blatts fokussiert ist, deutete sich bereits bei seiner Vorstellung an. Der neue Chef kam bei der Frage, welche Artikel ihm in den vergangenen Tagen in der Berliner Zeitung besonders gefallen haben, ins Schwimmen. Ihm gefielen eigentlich immer die Beiträge von Alexander Osang, versicherte er. Osang ist aber bereits seit sieben Jahren nicht mehr Redakteur bei der Berliner Zeitung. Wenn schon nicht mit journalistischen Inhalten, so hatte sich Depenbrock offenbar bereits mit dem Stellenplan des Blatts befasst. So soll er in den Raum gestellt haben, ob zwölf Redakteure für das Feuilleton wirklich nötig seien bei gerade mal 1,6 Stellen im Vermischten. Ob die Ankündigung, dass 20 Prozent Rendite mit ihm möglich sein sollten, sich eignete, Vertrauen in der Redaktion zu gewinnen, muss sich zeigen.

Dabei hat sich Depenbrock für die Stimmung im Haus und die Außenwirkung die Latte hoch gehängt: „Der Leser sollte nicht spüren, dass es in der Bude qualmt.“ Doch an seinem ersten Arbeitstag ließ sich dies wegen der Notausgabe irgendwie nicht verheimlichen. **Silke Leuckfeld**
Weitere Infos: www.dju-berlinbb.de

ZEITLEISTE

Zum Berliner Verlag:

23. Mai: Die Verhandlungskommission des gewerkschaftlichen Aktionsausschusses, der sich aus Beschäftigten der Berliner Verlagsgruppe zusammensetzt, verhandelte mit der Geschäftsleitung. Das Ziel war ein Tarifvertrag über eine Beschäftigungssicherung und den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, nachdem die Geschäftsleitung erklärte, über die Bildung eines konzernweiten Informationsausschusses (eine Art Wirtschaftsausschuss), die Schaffung eines „Arbeitsmarktes“ für die gesamte Berliner Verlagsgruppe und gemeinsame Regelungen für die Altersteilzeit verhandeln zu wollen.

29. Mai: Die Geschäftsleitung präsentierte überraschend ihren neuen Chefredakteur Josef Depenbrock. Die Verhandlungen über das Statut wurden deshalb vertagt. Die Redaktion der Berliner Zeitung besprach die Situation in mehreren Redaktionsversammlungen und Betriebsratssprechstunden. Die 130 Redakteure forderten die Gewerkschaften ver.di, DJV Berlin und den Verein Berliner Journalisten auf, das Mitbestimmungsrecht über die Berufung und Abberufung des Chefredakteurs zur Tarifforderung zu erheben.

2. Juni: Neuerliches Sondierungsgespräch zwischen Konzernbetriebsrat und Geschäftsleitung. Es wurde mit dem Ziel verhandelt, Konzernbetriebsvereinbarungen über die Bildung eines konzernweiten Informationsausschusses, die Schaffung eines „Arbeitsmarktes“ für die gesamte Berliner Verlagsgruppe und gemeinsame Regelungen für die Altersteilzeit mit dem Konzernbetriebsrat abzuschließen. Hier ließ die Geschäftsleitung die Katze aus dem Sack: Betriebsbedingte Kündigungen für die Verlagsgruppe können plötzlich nicht ausgeschlossen werden. Die Chefetage war nicht einmal zu einem Moratorium bereit, betriebsbedingte Kündigungen während der laufenden Verhandlungen auszuschließen. Bis Ende Juni soll den Einzelbetriebsräten die Planung für Umstrukturierung und Personalabbau bekanntgegeben werden.

DEUTSCHES RUNDFUNKARCHIV GEWÄHRTE EINBLICKE

Das Deutsche Rundfunkarchiv in Babelsberg hatte am 7. Mai, dem bundesweiten Tag der Archive, zu einer Erkundungstour eingeladen. Bei rund 50 Teilnehmern, aufgeteilt auf drei Führungen, konnte man nicht gerade von einem Besuchermagneten sprechen. Um so intensiver waren die Erklärungen aufzunehmen, und um so mehr Zeit konnte man den ausgestellten Zeugen vergangener Radiowelten widmen. Stehvermögen der Besucher war gefragt. Aber bei der Betrachtung der ausgefeilten Archivtechnik und der akribisch sortierten und registrierten Ton-, Film und Schriftdokumente fühlte man sich reichlich entschädigt.

Fussballfans war außerdem mit der Hörfunk-Übertragung des spannenden WM-Endspiels Deutschland-Ungarn am 4. Juli 1954 aus Bern und der Fernsehreportage der Hamburger Begegnung Bundesrepublik-DDR am 22. Juni 1974 gedient. **B.K.**



Foto: transit

Du krauchst nicht zu Kreuze

Kurt Fergée: 80 Jahre beständiges und unruhevolles Mitglied

Kurt Fergée wohnt in der Dudenstraße, nahe beim Haus der Buchdrucker, und das seit 50 Jahren, stets in derselben Wohnung. Als er und seine Frau 1955 hier als erste Mieter einzogen, gehörte das Haus zu den von Max Taut und Franz Hoffmann im Auftrag der Gewerkschaft errichteten Wohnbauten Dudenstraße Ecke Methfesselstraße; die Wohnungen erhielten vorwiegend Gewerkschafter. Kurt Fergée, Jahrgang 1911, von Beruf Buchbinder, war 1949 Sekretär seines Berufsverbandes geworden. (Nebenbei gesagt, war das kein einfacher Wechsel, weil das eine Einkommens-Einbuße von 200 Mark bedeutete – „da stand das kleine Zimmer lange leer“.) Die Dudenstraße liegt im Bezirk Kreuzberg, und Kurt mit dem hugenottischen Nachnamen ist echter geborener Kreuzberger. Von hier wollte er nie weg, schlug später folglich auch eine Versetzung in die Stuttgarter Zentrale aus. Mit diesem Teil der Stadt ist er über neun Jahrzehnte lang verwachsen.

Er gehört einer Buchbinder-Dynastie an – als er gern Elektriker gelernt hätte, meinte sein Vater, natürlich selbst Buchbinder, Strippenzieher könne jeder werden.. Folglich wurde er am 1. April 1926 Buchbinderlehrling. Und füllte zugleich einen Aufnahmeschein für die Buchbinderjugend aus – der Beginn seiner nun schon 80jährigen Gewerkschaftsmitgliedschaft. Zur Zeit seines Eintritts hatte der "Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter" in Deutschland knapp 50 000 Mitglieder; er war vor 1933 meist der zweitstärkste Verband der vier graphischen Gewerkschaften. Es zeichnete ihn auch aus, dass sich in ihm schon zeitig Frauen organisieren konnten.

Im grafischen Gewerbe herrschte lange eine ungeschriebene Rangordnung. Kurt erlebte sie so: „Die Spitze beanspruchten uneingeschränkt die Maschinensetzer, gefolgt von den Korrektoren, den Druckern, dann kam eine ganze Weile gar nichts, danach erst alle anderen, darunter die Buchbinder. Dabei ist Buchbinder ein herrlicher Beruf.“ Aber er war als Buchbinder immer auch Gewerkschafter, leitete seit 1930 die gewerkschaftliche Jugendgruppe, die in der Arbeit zu-

sammenhielt, gern ins Grüne fuhr, in der Rauchen und Trinken verpönte waren. Er wurde Mitglied im Reichsbanner, „als Saalschutz“, und war ein Betriebsobmann, der seine und die Interessen seiner Kollegen selbstbewusst vertrat. Sein Vater hatte ihm zeitig den Rücken gestärkt: Du krauchst nicht zu Kreuze! Als ihn also einmal sein Meister klein kriegen wollte mit dem Vorwand, dass er ihn nicht ordentlich begrüßt habe, duckte er sich nicht etwa, sondern kündigte eben.

Während der Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenzahl in Deutschland auf sechs Millionen, einer davon war er selbst für rund



vier Jahre. Als er wieder Arbeit fand, hatten sich die Gewerkschaften von den Nazis vereinnahmt lassen und waren in der Zwangsorganisation DAF (Deutsche Arbeitsfront) gleichgeschaltet worden.

Trotz schwerer Zeiten habe er im Leben immer einen Schutzengel gehabt, meint Kurt rückblickend. Selbst während des Krieges, denn er musste nicht schießen, sondern konnte dank seines Berufes in einer militärischen Kommandozentrale Karten für Befehlsstände fertigen. Und nach dem Krieg bekam er, auch mit Glück, wieder den Zuzug für Berlin. Konnte wieder in seinem Beruf arbeiten, bei der Firma Asel im Wedding, und war dort bald Betriebsratsvorsitzender.

Im Juni 1945 hatte sich der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) gegründet, aber zeitig entbrannten heftige Auseinandersetzungen in den Berliner Betrieben über den politisch einzuschlagen-

den Weg – Ost stand gegen West, im beginnenden kalten Krieg war Berlin als Sektorenstadt mit vier Besatzungsmächten ein Schlachtfeld auch für die Gewerkschaftsbewegung geworden. Im Juni 1948 gründete sich aus demokratischem Verständnis in Berlin-West der Graphische Industrie-Verband in der UGO (Unabhängige Gewerkschaftsorganisation), dem auch der Gewerkschafter Fergée angehörte.

24 Jahre hat er als hauptamtlicher Funktionär die Interessen seines Berufsverbandes vertreten, darunter in der Exekutive der internationalen graphischen Föderation, als Landesarbeitsrichter, Landessozialrichter, in sämtlichen Tarifkommissionen und, und, und. ...Seite an Seite mit seinem Gesinnungskollegen Willi Bunn konnten wesentliche Tarifabschlüsse regelrecht erkämpft werden. In den Verhandlungen war er für die Arbeitgeber nie ein bequemer Partner mit seinen linken Positionen, mit seiner Unnachgiebigkeit „Wenn ich zu etwas stehe, gebe ich nie klein bei“, beschreibt er selbst seinen Charakter. Mit konsequenter Haltung macht man sich freilich nicht immer nur Freunde – selbst in den Reihen der eigenen Organisation, wie er mehr als einmal deutlich erfahren musste. Unbeschadet dessen hat er noch als Rentner bis 1982 ehrenamtlich die Vermögensverwaltung der IG Druck und Papier betreut.

Kurt Fergée und seine Frau sind heute ihres körperlichen Befindens wegen an die Wohnung gebunden – Beine und Augen machen nicht mehr so gut mit wie der wache Geist. Ihn besorgt, dass er einen Mangel an Solidarität und teilweise zunehmende politische Indifferenz beobachten muss. Erfreut war er über die Ehrung mit den Ehrennadeln für 50-, 60- und 70-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft – umso mehr kann er auch nach Jahren seinen Ärger nicht hinunterschlucken, dass zum 75. Jubiläum niemand den Weg in die Dudenstraße 20 gefunden hat.

Dafür lässt sich auch keine Entschuldigung finden. Schließlich ist er nicht nur unser langjährigstes Mitglied, sondern Kurt Fergée hat über Jahrzehnte das Berliner Gewerkschaftsleben wesentlich mit geprägt. **Annemarie Görne**

AM 8. JUNI WURDEN IN FESTLICHEN GEFÜHLEN DIE MITGLIEDER DES FACHBEREICHS MEDIEN FÜR DIE SECHZIG JAHRE UND LÄNGER MIT DER FEIER SOLLTE DIE LEBENSLEISTUNG DER MITGLIEDER ALS GEWERKSCHAFTER MIT IHRER ORGANISATIONSTÄTIGKEIT UND DIE ERFAHRUNG GERADE FÜR DIE ZUKUNFT WERTSCHÄTZT WERDEN, DIE AUCH DAS GEDENKBUCH VON 1948 VERKÖRPERN. NICHT ZUFÄLLIG WAREN AN DER VERANSTALTUNG THERESA STANZE LINDEMANN, DIE VERDIENTLICH AN DER VERANSTALTUNG BRANDENBURG. DIE REDAKTION SP



Jubiläum

Mitglieder 60 Plus

Heinz Albig
Heinz Albrecht
Horst Aldus
Ingeborg Bachmann
Rudolf Bader
Gerd Ballentin
Lothar Berner
Siegfried Böhme
Gerhard Bombal
Rudolf Danek
Margot David
Hans-Peter Enderlein
Gisela Fahr
Kurt Fergée
Alfred Guenzel
Dora Günther
Lothar Hamann
Ingeborg Hanke
Dieter Hannes
Klaus Haupt
Eberhard Heinrich
Annelies Herzberg
Harald Hinz

Erika Hoepf
Gerhard Hoepf
Rudolf Horx
Adalbert Hu
Hans Irgang
Kurt Jahn
Günter Klen
Rosel Kosiel
Kurt Krauss
Ruth Krauss
Ingeborg Kr
Günter Kret
Friedrich Ku
Werner Kus
Horst Lamp
Helmut Len
Gertraud M
Liselotte Me
Arno Muelle
Lissi Noth
Heinz-Floria
Günter Osd
Gerhard Pfa

HEM RAHMEN ALLE BERLINER MIT-
N, KUNST UND INDUSTRIE GEEHRT,
DER GEWERKSCHAFT ANGEHÖREN.
LANGE VERBUNDENHEIT VIELER GE-
SISATION, DIE ANDAUERENDE AKTIVI-
DER ÄLTEREN MITGLIEDER GEWÜR-
ÄCHTNIS DER ORGANISATION MIT-
R AUCH DIE VER.DI-JUGEND EINGE-
FEILZUNEHMEN: DER DIALOG ZWI-
FÖRDERT WERDEN, ERKLÄRTE CON-
CHBEREICHSVORSITZENDE BERLIN-
PRACH MIT ZWEI LANGJÄHRIGEN.



ilare

s im Fachbereich 8

- Gerhard Polensky
- Hans-Heinz Pollak
- Ulrich Prochnow
- Wolfgang Roemisch
- Waltraud Ross
- Herbert Rossberg
- Fritz Rothe
- Friedrich Salow
- Karl-Heinz Schleinitz
- Fritz Schulze
- Kurt Seibt
- Susanne Statkowa
- Hildegard-Maren Stoerig
- Wolfgang Tripmacker
- Konrad von Billerbeck
- Gerd Walleiser
- Lieselotte Walter
- Erich Wecek
- Helmut Weissbach
- Margarete Werner
- Klaus Wilczynski
- Helga Wolf
- Herbert Zimmermann

Gemeinschaft ohne Vorbehalte

Hans-Peter Enderlein: Viel erreicht im erfüllten Gewerkschaftsleben

Du bist zeitig der Gewerkschaft beigetreten, am 17. März 1946. Hatte es mit dem Beruf zu tun? Oder mit den Zeiten?

H.E.: Mein Jahrgang 1927 hat Nazi Herrschaft und Krieg noch erleben müssen. Körperlich, geistig und moralisch kaputt, wurden wir 1945 in eine neue Zeit hineingeschleudert, die uns abverlangte, die Karre buchstäblich aus dem Dreck zu ziehen und völlig unvorbereitet eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Mein Weg führte mich von der Front aufs Land, der Hunger bestimmte diese Wahl. Ich wurde Landarbeiter. Schon bald kreuzte ein ehemaliger KZ-Häftling meinen Weg. Er malte mir eine friedliche Zukunft aus, in der alle Menschen gleich sein werden und keine Existenzängste mehr haben. Wir stritten heftig. In einem stimmten wir aber sofort überein: Die Gesellschaft musste radikal und unumkehrbar verändert werden. Dazu bedurfte es gebündelter Kräfte.



Und damit waren wir beim Thema Gewerkschaft. Ich wusste nicht recht, was eine Gewerkschaft ist, aber ich habe mich angemeldet.

Die Vorstellung von meinem künftigen Leben auf dem Lande platzte schnell: Die Kinder müssen von der Straße, du wirst Lehrer. So stand ich als knapp 18-jähriger in einer Dorfschule mit 40 Kindern; kein Schulbuch, kein Lehrplan, kein Schreibpapier, keine Stifte. Das neue Leben begann.

Dann hatte ich ein großes Erlebnis: Der 1. Mai 1946. Ich werde ihn nicht vergessen. Aus den Häusern



Fotos: transit/v. Polentz

kamen Menschen mit Fahnen und selbst gefertigten Transparenten. Ich bekam eine Ahnung von Gewerkschaft, von der möglichen Kraft einer Arbeiterorganisation.

Du hattest gewerkschaftliche Funktionen inne, warst seit 1964 hauptamtlicher Sekretär.

H.E.: Vorher kamen Studium und wieder Studium und Jahre des Sammelns von Erfahrungen in Funktionen des Bereichs Kunst und Kultur, vor allem im Filmwesen. 1964 wurde ich in den Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst gewählt. Es folgten dann 26 Jahre hauptamtlicher Tätigkeit als Mitglied des Präsidiums und Sekretär für gewerkschaftliche Kunst- und Medienpolitik. Anstrengende Jahre, oft auf Kosten der Familie. Kultur spielt sich eben überwiegend abends und an den Wochenenden ab. Und man musste die wichtigsten künstlerischen Ereignisse selbst erlebt haben, wenn man mit den Mitgliedern ins Gespräch kommen wollte.

Ich blicke auf ein erfülltes Gewerkschaftsleben zurück, weil wir wirklich viel für unsere Mitglieder erreicht haben.

Wie waren die Kontakte zur westdeutschen Gewerkschaft Kunst?

H.E.: Es gab über die Jahre und Jahrzehnte hinweg immer Verbindungen und persönliche Kontakte zur Leitung der Gewerkschaft Kunst in der BRD und zu ihren assoziierten Verbänden. Man hat sich in Delegationen gegenseitig besucht, Informationen ausgetauscht, usw. Jeder, der zu uns kam, konnte zusammentreffen mit wem er wollte, oder die Einrichtung besuchen, die er sich

wünschte. Es gab keine Vorbehalte. Übrigens verhielt man sich uns gegenüber ebenso fair. Wir trafen uns oft auch auf internationaler Ebene.

Ich denke, dass gute Kontakte auch vorhanden waren, weil auf beiden Seiten prominente Künstler und Journalisten in den Leitungsgremien saßen und dort die Arbeit weitgehend bestimmten. Langjährige Vorsitzende waren zum Beispiel der Schauspieler Victor De Kowa, oder der Opernsänger Wolfgang Windgassen im Westen, der Filmregisseur Konrad Wolf, der Schauspieler Hans-Peter Minetti, die Schauspielerin Walfriede Schmitt im Osten. Da trafen Leute aufeinander, die als Repräsentanten ihrer jeweiligen Zunft hohe Achtung genossen.

Dieser Umgang miteinander ist übrigens auch ein Grund, warum wir das ehrliche Interesse hatten, uns 1990 mit der inzwischen geschaffenen IG Medien zu einer starken Interessenvertretung der Künstler und Kulturschaffenden zu vereinen. Daraus ist dann bekanntlich nichts geworden.

Wie hast Du die misslungene Zusammenführung der Ost- und West-Gewerkschaften erlebt?

H.E.: Wir hatten im Februar 1990 einen Kooperationsvertrag mit der IG Medien paraphiert, der unsere Organisationen schrittweise zusammenführen sollte. Doch dann wurden wir belehrt, dass so etwas gegen das Vereinsgesetz der BRD verstößt. Zwei Vereine dürfen sich nicht vereinen; sie können nur sich selbst auflösen und einen neuen Verein gründen. In der DDR begriff sich die Gewerkschaft nicht als Verein. Doch wir hatten plötzlich keinen Partner mehr und liquidierten unsere Organisation selbst. Die Mitglieder durften sich einzeln um Aufnahme in die Gewerkschaft bewerben. Das haben viele nicht getan und sind der Gewerkschaftsbewegung verloren gegangen.

Du bist nach wie vor als Mitglied im Bezirksvorstand Berlin aktiv – wieso?

H.E.: 60 Jahre streicht man nicht aus seinem Leben. Es ist mehr als nur die gefühlsmäßige Bindung. Mit allen Höhen und Tiefen – es ist mein Leben seit ich 18 war.

Fragen: A.G.

Erfolgreiche Reanimation

VS Berlin sprach seinem Vorstand neuerlich das Vertrauen aus



Vielleicht ein Teil des Erfolgsrezepts des amtierenden Berliner VS-Vorstands: Es wird möglicherweise durcheinander, aber nicht drumherum geredet. Für die Mitgliederversammlung am 23. Mai im ver.di-Haus Köpenicker Straße galt zudem erstaunliche Veranstaltungsdisziplin. Nach reichlich einer Stunde hatte der Vorstand berichtet, die Versammlung samt Gästen diskutiert und ihr Leitungsgremium entlastet. Dass am Ende der alte zugleich der neue Vorstand ist, wird Insider kaum verwundern.

VS-Vorsitzender Prof. Horst Bosetzky nahm das Fazit seines Rechenschaftsberichtes in einem Satz vorweg: Die gesetzten Ziele seien erreicht worden. Die „totgeglaubte Berliner Filiale“ des Deutschen Schriftstellerverbandes (VS) in ver.di sei mit „radikalem Pragmatismus“ wiederbelebt und „für die Szene wieder interessant“ gemacht worden. Da man sich – statt zu lamentieren, sich gegenseitig zu blockieren und lähmende Debatten zu führen –



auf das eigentliche Geschäft besonnen habe, so der Vorsitzende sinngemäß, könne man Erfolge vermelden: Auch wenn das „literarische Handwerk“ gegenwärtig generell über „keinen goldenen Boden“ verfüge, stünden auf der Haben-Seite: sechs absolvierte Lesemarathons, zwei fertige und eine in Arbeit befindliche Anthologie(n) von Zehn-Minuten-Geschichten, Schul- und andere Lesungen, politische Einmischung

gegen Bibliotheksschließungen und den Verkauf des Berliner Verlages, Engagement am Lidl-Aktionstag und in Urheberrechtsfragen sowie die Reihe „Fast vergessene Schriftsteller“. Das Projekt „Von Schriftstellern schreiben lernen“ sei bislang am Leere-Kasse-Argument des Schulsenators gescheitert, bleibe aber weiter im Blick. Da man Teams auf der Gewinner-Spur bekanntlich nicht auswechseln solle, würde sich

der gesamte Vorstand auch nicht gegen eine Wiederwahl sperren und dann noch intensiver darin profilieren, „mehr Aufmerksamkeit und mehr Geld für die Berliner Autorinnen und Autoren“ zu sichern. Eine anonyme Befragung zu deren sozialer Lage wurde für das zweite Halbjahr bereits angekündigt.

Die elf Diskussionsredner nahmen die Vorlage auf und ergänzten Themen wie Schreibwerkstätten im Knast, die potenzielle Gestaltung einer Literatursendung mit Berliner Autoren unterschiedlicher Nationalität, Stammtischgespräche und Außenwirkung. Mehrfach ging Dank an die vermeintliche „Chaotentruppe“ des engagierten Vorstands. Dass der VS Berlin im Verband und vor allem in der Öffentlichkeit an Gewicht gewonnen habe, bescheinigte als Gastredner VS-Bundesvorsitzender Imre Török. Er berichtete von Aktivitäten des VS und der deutschen Sektion des PEN, im Zusammenhang mit der Novelle des Urheberrechts „geistiges Eigentum in diesem Land besser zu schützen“. Und nahm den Auftrag mit, sich beim Regierenden Bürgermeister für die Einrichtung eines „Berlin-Topfs“, eines Fonds des Landes für Schriftstellerlesungen, stark zu machen. **neh**

Der wiedergewählte Vorstand des VS Berlin: Vorsitzender: Dr. Horst Bosetzky (-ky), stellv. Vorsitzende: Monika Ehrhardt-Lakomy, Schriftführer: Gunnar Kunz, Beisitzerinnen: Dr. Dorle Gelhaar, Anja Tuckermann

Historisches für die Gegenwart präsent

Karl-Richter-Verein macht Historische Bibliothek der grafischen Gewerkschaften zugänglich

Schon mehrmals wurde im Sprachrohr über die Existenz einer Historischen Bibliothek der grafischen Gewerkschaften hier in Berlin berichtet (zuletzt Nr. 2/05). In ihr sind Rechenschaftsberichte der Verbände, Protokolle von Verbandstagen und Zusammenkünften anderer Gremien, von ihnen herausgegebene Broschüren und Festschriften zusammengetragen. Ein Schatz sind auch 59 vollständige Jahrgänge von Verbands- und Fachzeitschriften der grafischen Gewerkschaften vor 1933. Literatur aus jener Zeit, die der fachlichen Aus- und Weiterbildung der Mitglieder dien-

te, ist in großer Zahl vorhanden. Ein spezieller Beitrag zur kulturellen Bildung der Gewerkschafter war die vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker initiierte Büchergilde Gutenberg. Über 100 Titel von vor 1933 und aus ihrer Existenz im Exil besitzt die Bibliothek.

Die Betreuung und Nutzung dieses wertvollen Buch- und Zeitschriftenbestandes ist eine der Aufgaben, denen sich der im Jahre 2000 gegründete Karl-Richter-Verein widmet. Nachlässe in den vergangenen Jahren verstorbener Gewerkschafter und Spenden von Kollegen im Ruhestand haben die

Bibliothek weiter aufgefüllt. Gegenwärtig sind wir dabei, die einige hundert Bücher und Broschüren, viele Zeitschriften, Zeitungen und andere Veröffentlichungen umfassende Privatbibliothek des Namenspatrons des Vereins, unseres im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen Karl Richter, in die Bibliothek einzuordnen.

Im nunmehr von unserer Gewerkschaft organisierten Domizil für den Karl-Richter-Verein an historischer Stätte, im ehemaligen Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker, Dudenstraße 10, im Hof linker Aufgang, 1. Stock, hat

die Bibliothek ihren Standort gefunden. Sie ist eine Präsenzbibliothek, für Interessierte geöffnet jeden zweiten Montag im Monat von 16 bis 19 Uhr.

In loser Folge sollen im „Sprachrohr“ Informationen über Aktivitäten des Karl-Richter-Vereins veröffentlicht werden. Dem können sich gern weitere an der „Förderung zur Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker“ Interessierte – so seine Zweckbestimmung – anschließen. Ebenso soll dieses und jenes aus den Schätzen, die diese historische Bibliothek birgt, vorgestellt werden. **Wolfgang Blumenthal**

BUCHTIPP

AUS DER
STREUSANDBÜCHSE

FINDLING 2006

Die Berliner haben es mit Zehn-Minuten-Geschichten beim Jaron-Verlag vorgemacht. Nun legen auch die brandenburgischen Mitglieder des Verbandes Deutscher Schriftsteller eine eigene Anthologie vor. Und es ist keineswegs eine Kopie, sondern etwas sehr Eigenes entstanden – nicht nur thematisch. Da sind die „Geschichten aus der Streusandbüchse“ zwar mit eindeutigem Lokalkolorit, doch tatsächlich eine Melange denkbar unterschiedlicher Bestandteile. Vom Roman auszugsweise über Kurzgeschichte, Reportage bis zu Gedichten bzw. Liedern findet der Leser eine Palette an Stilformen und Handschriften, die den Potpourri-Spruch „Wer



vieles bringt, wird manchem etwas bringen“ trefflich bedienen. Die Texte der 24 Autorinnen und Autoren seien „wie Körnchen gestreut über das Land, über Genres und Bedeutsamkeit – so wie der Einzelne Umwelt, den Kontakt zum Nachbarn und überhaupt all das, was wir Gesellschaft nennen, wahrnimmt“. Diese Beschreibung des VS-Vorsitzenden Helmut Routschek aus dem Vorwort ist treffend. Auch seiner Vorhersage, dass es beim Lesen des einen oder anderen Beitrags „knirschen“ oder manches auch „brauchbar“ sein könne. – Ein eindeutiges Fazit verbietet sich ob der Vielschichtigkeit und Verschiedenheit des Gebotenen. Wenn

eine inhaltliche Klammer für alle Texte gefunden werden sollte, dann kann das nur die regionale, landschaftliche und historische Anbindung an das Land Brandenburg sein. Sie wird nicht immer so offensichtlich wie in eindeutig naturschildernden, sagenumwobenen oder lokal verwurzelten Texten von Hartwig Thomas (Emma Dumping, das gefallene Mädchen aus Rheinsberg), Rüdiger Kurock (Am langen Trödel), Harald Linschtadt (Ach ja, der Spreewald), Michael Nowkas Moorprinzess oder Hartmut Schattes Verhängnisvolle Schönheit. Auch die Anbindung an eine Tagebaulandschaft (Helmut Routschek: Hella, das Gleismädchen), die Schilderung eines bestimmten Verhältnisses zur Arbeit und zu den Mitmenschen (Manfred Weinert: Kurz vor Ende der Nachtschicht, Jutta Schlott: Erstes Zeichen oder Gerda Weinert: Kleine Galerie) oder das Nachdenken über vollzogene Veränderungen (Carmen Winter: Die Zeit dazwischen) machen die Texte zu Dokumenten mit unverkennbar-eindeutiger Identität. So gesehen erscheint die ganze Sammlung sogar erstaunlich „aus einem Guss“, mehr als unter ein Motto gestellte hauptstädtische Vorbilder. Der Findling Buch- und Zeitschriftenverlag Neuenhagen und der VS Brandenburg haben ein wertvolles Lebenszeichen gesetzt. Alle Autoren arbeiten auf ihre Weise gegen eine Gefahr an, die P. Werner Lange (Ich ging bei Mielke ein und aus oder Die Schwimmerin im Buchenwald) so beschreibt: „Nicht Fleischkost, nicht Kriege, nicht Zerstörung der Umwelt werden die tiefste Ursache für das Ende der Menschheit sein, sondern unser schlechtes Gedächtnis.“

Geschmacksurteile über die einzelnen Anthologie-Beiträge möge sich der Leser selbst bilden. Sie werden so subjektiv ausfallen wie die Feststellung der Rezensentin, dass eine Handvoll tiefertrauriger Geschichten für sie zu den berührendsten und „hilfreichsten“ in diesem Band zählten. Insofern ist Dorothea Kleine, Monika Nothing und Erhard Scherner zu danken. Weil sie erschüttern, doch nicht hoffnungslos machen. **Helma Nehrlich**

Geschichten aus der Streusandbüchse, Herausgeber: Verband Deutscher Schriftsteller (VS) Landesverband Brandenburg, Findling Neuenhagen 2006, 240 S., 10,00 €, ISBN: 3-933603-38-2

BESUCH

Foto: transit/v. Polentz

**Kubanische Gewerkschafterinnen waren zu Gast bei ver.di.**

Zwei Kolleginnen der kubanischen Gewerkschaft CTC weilten Mitte April während eines einwöchigen Berlin-Besuchs mehrfach im ver.di-Landesbezirk. Sie trafen sich zu Informationsveranstaltungen und Gesprächen mit haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftern und Vertretern der ver.di-Jugend.

Silvia Martinez Puentes, Journalistin und Schriftstellerin und Mitglied des Nationalrates des Gewerkschaftsbundes CTC (rechts),

stellte in der ver.di-Bundesverwaltung auch ihr Buch „Kuba – mehr als Träume“ vor. Gemeinsam mit Osiris Oviedo de la Torre, Leiterin der Abteilung internationale Beziehungen im kubanischen Gewerkschaftsbund (Zweite von links), Botschafter Gerardo Penalver Portal (Zweiter von rechts), Botschaftsrätin Maria Ester Fiffe Cabreja (Mitte) und Andreas Köhn, stellv. ver.di-Landesleiter (links), beteiligten sie sich als Podiumsgäste an einer Diskussion zum Thema „Kuba und der Terrorismus“.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Harald Kretschmar zum 75. Geburtstag

Unser verehrter Kollege, der Karikaturist und Eulenspiegel-Buchautor Harald Kretschmar ist am 23. Mai 75 Jahre alt geworden. Ob als Mitinitiator der Ausstellung „Aufhör'n! – Karikaturen gegen den Krieg“ (2003) in der Medien Galerie oder als Stammgast auf dem traditionellen Solibasar der Journalisten, er hat sich immer politisch wach und mit spitzer Feder auch ins Gewerkschaftsleben eingemischt.

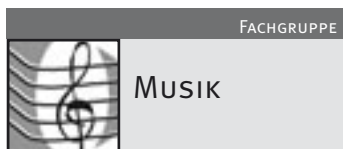


Der Berliner, den es einst nur zum Studium und zu erster Zeitarbeit nach Leipzig verschlug, ist seit 55 Jahren politischer Karikaturist, überrascht aber auch als Porträtist. Sein Talent, Menschen aus dem Hut, in wenigen Minuten und mit wenigen Strichen treffend zu porträtieren, ist schon beinahe sprichwörtlich. Nasen sollen es ihm dabei besonders angetan haben. In diesem Sinne wünschen wir dem Jubilar beste Gesundheit, weiter gute Ideen und immer den richtigen Karikaturisten-Riecher!

Karikatur: Eulenspiegelverlag

Musikschule – im Prinzip ja...!

4. Berliner Musikschultag verwandelte Rotes Rathaus in ein Klanggebäude



Unter dem Motto „Musik macht Menschen“ veranstalteten die Musikschulen am 14. Mai den 4. Berliner Musikschultag. Rund 500 Mitwirkende aus allen Bezirken, aus allen Generationen und Schichten verwandelten für vierhalb Stunden das Rote Rathaus regelrecht in ein Klanggebäude. Wie in den Jahren zuvor zogen die Schulen alle klanglichen und optischen Register in Foyer, Festsaal und Wappensaal. Da gab es wieder Klassisches neben Jazz, deutschen Volkstanz neben türkischem Baglama, vor dem Rathaus schmissige Sambarythmen und drin auf der Freitreppe zarte Flöten- und Gitarrenklänge, Kinderchor und Kindertanz neben Trompeten und Posaunen. Neu war das open-air-Programm einschließlich Catering während der gesamten Veranstaltung. Durch die verbesserte Präsenz vor dem Rathaus und das schöne Frühlingssonntagswetter wurden diesmal verstärkt auch Passanten angelockt.

An den Info-Tischen konnten sich die Besucherinnen und Besucher ein genaueres Bild von einzelnen Schulen machen. Auch die Fachgruppe Musik war durch

Anke Jonas und den Vorstand präsent, um Interessierten kompetent Auskunft zu erteilen. Besonders gut kamen hier bei den Kleineren die ver.di-Luftballons an, die im ganzen Haus herumswirren und für Aufmerksamkeit sorgten. Und die Großen wurden so daran erinnert, dass es auch mal knallen kann, wenn man/frau sich mit der Gewerkschaft anlegt.

Die Begrüßungsworte sprachen Udo Krzyzyski für die Musikschulleiterinnen und Musikschulleiter, Staatssekretärin Monika Helbig für den Regierenden Bürgermeister und Dr. Monika Londner-Ku-

jath für die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport. Der Schirmherr Senator Klaus Böger war terminlich verhindert. Freudig, ja fast erstaunt wurde festgestellt, dass die Veranstaltung im vierten Durchlauf nun in den Stand einer Tradition gehoben ist.

Die anschließende Podiumsdiskussion im Wappensaal stand unter dem Motto „Musikschule – im Prinzip ja ...!“ und wurde von Petra Schwarz (mdr) in bewährter Weise moderiert. Was wird montags aus Sonntagsreden? Wie kann Qualität eingehalten und verbessert werden, wenn gleichzeitig die Mittel für Räume, Aus-

stattung und Personal gekürzt werden? Wie können die bezirklichen Musikschulen vor dem Hintergrund von Globalhaushalten und Kosten-Leistungs-Rechnung gesichert werden? Zentral oder dezentral: Soll es doch eine Landesmusikschule geben?

In der Diskussion zwischen Dr. Roland Dästner (Elternvertretung), Stefan Gretsich (ver.di), Udo Krzyzyski (Musikschulleiter/innen), Mike Senftleben (FDP) und Alice Ströver (B'90/Grüne) wurden die Probleme kompetent benannt und beleuchtet, die heiße Kartoffel Finanzierung wie immer zwischen Land und Bezirken hin und her geschoben. Beim Thema Integrationsarbeit war man sich einig, dass die Musikschulen hier seit Jahrzehnten Großes leisten, aber gegenüber der Politik bisher nicht genügend kommuniziert haben. Die Sympathie und Kenntnislage der beiden Politikerinnen für die Musikschulen war eindeutig und glaubwürdig, konkrete Finanzierungsvorschläge oder eine Stellungnahme zur beabsichtigten Honorarkürzung für die „freien“ Mitarbeiter/innen gab es nicht. Eines aber konnte sowohl in der Begrüßung als auch in der Diskussion verbindlich angekündigt werden: Mehr Geld und Ausstattung wird es auch künftig nicht geben. Gut also, dass wir mal wieder drüber geredet haben.

Stefan Gretsich



500 Mitwirkende zogen alle klanglichen Register

Foto: transit

25 JAHRE

DIENSTVERTRAG

Mitte 1981, zwei Jahre nach der Ausgliederung der Musikschule aus der Volkshochschule zum eigenständigen Amt im Bezirk, wurde der damals hart umkämpfte Dienstvertrag für die Freien Mitarbeiter/innen an den (West-)Berliner Musikschulen eingeführt und damit eine Verbindlichkeit hergestellt, die es seit Kriegsende nicht gab.

Zur Erinnerung: Die vom damaligen Senat Ende 1980 vorgelegte Vertragsfassung wurde von den Kolleg/innen als Knebelung

und in vielen Punkten als Zumutung empfunden. Sie formierten ihren Widerstand in Lehrervertretungen und in der Fachgruppe Musik, damals noch in der GdMK. Mit phantasievollen Aktionen bis hin zur Streikandrohung wurde in harten Verhandlungen eine Fassung erkämpft, die im wesentlichen noch heute gilt. Unser Arbeitskampf brachte zudem die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall, eine halbjährliche Kündigungsregelung (gesetzlich sind es nur 14 Tage zum Monatsende), sowie die Anbindung an die Tarife des öffentlichen Dienstes.

Heute, nach 25 Jahren, wollen einflussreiche Mitglieder des Se-

nats das System wieder kippen. Auch diesmal werden wir uns das nicht gefallen lassen!

StG

UNTERRICHT ABENDS IM PARK?

Aufgrund von Änderungen im EU-Recht gelten neue Arbeitszeitregelungen für die Hausmeister/innen an den Schulen. Sie sollen grundsätzlich um 17 Uhr die Schulen abschließen und keine Überstunden ableisten dürfen. Die Musikschulen jedoch führen den überwiegenden Teil ihres Unterrichts in den Räumen von Grund- und Oberschulen zwi-

schen 14 und 22 Uhr durch. Die Fachgruppe Musik und die Musikschulleitungen haben frühzeitig auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht und Lösungsvorschläge unterbreitet. Aber in einigen Bezirken wie Tempelhof-Schöneberg, werden auf politischer Ebene bestenfalls Einzellösungen angegangen und das „Schwarzer-Peter-Spiel“ betrieben, statt verlässliche dauerhafte Konzepte zu erarbeiten. Das bedeutet, dass Musikschullehrer/innen und -schülerInnen zu Beginn der Sommerferien nicht wissen werden, ob und wo sie nach den Ferien ihren Unterricht wieder aufnehmen können.

StG

Foto: transit/v. Polentz



Struwwelpeter im Kinderprogramm, der Hauptmann für Erwachsene

FACHGRUPPE

THEATER UND
BÜHNEN

sich nicht alles finanzieren. Zwar kann das Haus auf den Adlershofer Kostüm- und Requisitenfundus zurückgreifen, unterhält hilfreiche Kontakte zu anderen Theatern, doch „Maske, Material, Ausstattung – alles ist teuer. Wir müssen uns immer wieder etwas einfallen lassen“, sagt die Geschäftsführerin. „Leider geht es zu viel ums Geld und zuwenig um Werte und Orientierung.“

Bei allen Schwierigkeiten: Am Profil des Hauses wird permanent gearbeitet. „Elitär jedoch funktioniert hier nicht, dazu sind die Spielstätten in der City da“, meint André Nicke, als Regisseur und künstlerischer Leiter einer der vier fest Angestellten. 80 Eigenproduktionen hat das Haus seit 1992 aufzuweisen. Nicht selten spielt der gelernte Schauspieler selbst die Hauptrollen wie im Schwank „Der keusche Lebemann“. „Komödie und gute Unterhaltung sind schwer zu machen.“ Nicke bezieht sich dabei auf ein Zitat von Heinrich Heine, wonach zur Heiterkeit großer Verstand nötig sei. „Wir wollen die Zuschauer dort abholen, wo sie sind, sie mitnehmen und ihnen auf heitere Weise zeigen, was Theater kann.“

Die Spielzeit 2006 schlug von Anbeginn Wellen. Für die „Hose“ von Carl Sternheim, die Anfang April Premiere hatte, interessierten sich die Abgeordneten, für den „Hauptmann von Köpenick“, der im Herbst im historischen Rathausaal aufgeführt wird, lagen schon ein halbes Jahr zuvor Kartenbestellungen vor.

Auf ein Highlight freuen sich alle immer wieder: auf die Theaterfestspiele, die vom 16. Mai bis 11. Juni zum 11. Male stattfanden. Kindern und Jugendlichen der 1.-13. Klassen wird eine Bühne für selbst einstudierte Theaterstücke, Tänze, Comedy- oder Musikbeiträge geboten. Mehr als 5000 junge Nachwuchskünstler – einige auch aus Brandenburg und Baden-Württemberg – stellten sich im Laufe der Jahre bereits einer fachkundigen Jury und begeisterten bei freiem Eintritt ein großes Publikum. Auch das ist Volkstheater im besten Sinne.

Bettina Erdmann

www.stadttheatercoepenick.de
Karten: 030/70717252

Janz wat Jutet in Köpenick

Leichte Kost für die ganze Familie im Volkstheater

„Meine Mutter ist eine schöne Kuh.“ Solche Worte können eigentlich nur im Theater fallen. Sie gehören ins Puppenspiel „Pedro in der Arena“ und dort ins „Stadttheater Cöpenick“. Das – wiedergegründet 1992 – residiert als Teil der Köpenicker Kunstfabrik in den ehemaligen Fotochemischen Werken Berlin und ist ein – künstlerisch wertvoller – „Beschäftigungsträger“.

Gebannt sitzt eine Gruppe Kindergartenkinder auf den mit Sitzkissen belegten Bänken des 60 Personen fassenden Zuschauer- raums und folgt an diesem Vormittag den Abenteuern des sanften blumenliebenden Stiers Pedro, der von wilden Tierfängern für die Stierkampfarena eingefangen wurde. Gespielt wird diese spanische Urlaubsgeschichte von Menschen und Puppen.

Auch „Struwwelpeter“ oder „Des Kaisers neue Kleider“ ist auf dem Spielplan der sich als Familientheater profilierenden Bühne zu finden. „Dabei werden Märchen und Geschichten in schönen Kulissen erzählt, nicht nur angedeutet oder verfremdet“, erläutert Cornelia Wetzlich, Geschäfts-

führerin der Kunstfabrik, das Auf- führungsprinzip im Stil eines Volkstheaters.

Die Tradition reicht zurück ins Jahr 1889, als Hotelier Klein im großen Saal seines Hauses das „Stadttheater Cöpenick“ etablierte. Dieser Theatersaal wurde Anfang der 50er Jahre wegen Bau- fälligkeit abgerissen. Nach langem Dornröschenschlaf startete das Haus neu am Gründonnerstag 1992 im Köpenicker Rathausaal mit „Wat braucht der Berliner?“ Mit anstehender Rekonstruktion in der Köpenicker Altstadt wechselte das Theater später von seiner dortigen Spielstätte auf das einstige Betriebsareal an der Friedrichshagener Straße 9.

Die beabsichtigte Spezialisierung als Mundarttheater war jedoch mangels geeigneter Stücke nicht durchzuhalten. Leichte Kost für die ganze Familie, natürlich mit Berliner Luft und Würze, so ließe sich das Konzept beschreiben. Claire Waldorff stand einst hier auf der Bühne und steht noch heute im Programm – genauso wie zum 100. Jubiläum der Köpenickiade im Oktober Carl Zuckmayers Stück „Hauptmann

von Köpenick“. Dazu kommen spezielle Veranstaltungen wie die monatliche Sonntagsmatinee oder ein Brunch mit Friedrich II. – Essen und Kultur für 18 Euro.

Dass das Haus als Förderbetrieb der Arbeitsagentur fungiert, die Beschäftigten zumeist als 1,50-Euro-Jobber 30 Stunden pro Woche und im Schnitt neun Monate arbeiten, soll programmatischem Anspruch keinen Abbruch tun. Fast alle haben Branchenerfahrung – auch für die Bereiche der Kunstfabrik mit Werkstätten und Projektarbeit – und sind, wie Wetzlich bestätigt, „mit großer Lust und Leidenschaft dabei.“

Immer wieder aber muss um neue Projekte, finanzielle Bewilligungen und erneute Verträge gekämpft werden. Eine reguläre Förderung durch die Stadt oder den Bezirk gibt es für einen „Beschäftigungsträger“ nicht, und sei er auch gut fürs kulturelle Klima. Auch mit den Eintrittspreisen von 11 Euro, 7 ermäßigt, zum Seniorennachmittag 5 Euro und für Kinder 2,50 – „wir wollen wirklich allen Schichten Kultur zugänglich machen“ – bei rund 80prozentiger Auslastung lässt

RAFV

RBB mit gemeinsamem
Verbandsvorstand

Die bisherigen ver.di-Senderverbände Berlin und Potsdam haben am 26. April auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Damit ist die Fusion von ORB und SFB auch auf dieser Ebene vollzogen. Vorsitzender des geschäftsführenden Verbandsvorstands wurde Jörn Czaster, der gleichzeitig Vertreter im bundesweiten Tarifausschuss ist. Sein Stellvertreter im Vorstand ist Jörg Neumann. Außerdem gehören Marika Kavouras, Jürgen Schäfer, Christian Hopp, Michael Sibrover, Sabine Geissler, Eduard Hartmann und Sven Steinbacher dem Gremium an. Es wurde zugleich über die neue Zusammensetzung der Tarifkommission abgestimmt. Neben den gewählten Vorstandsmitgliedern gehören ihr weitere 13 Mitglieder an. **ucb**

Mime bis zum Schluss

Zum Tod des Schauspielers und Gewerkschafters Dieter Kürten

Am 1. Mai starb, kurz vor seinem 68. Geburtstag, unser Kollege Dieter Kürten. Er war Gewerkschaftsmitglied seit Dezember

Kollegen standen im Vordergrund

1957. Überall, wo er als Schauspieler tätig war, setzte er sich aktiv für die Interessen von Kolleginnen und Kollegen ein. So auch an der Neuen Bühne Senftenberg, wo er bis 1989 ehrenamtlich Vorsitzender der dortigen Konfliktkommission war und zugleich Schöffe am Amtsgericht Cottbus. Nach der Wende wurde er zum Personalratsvorsitzenden des Theaters gewählt. Gerade in den Anfangsjahren versuchte er mit aller Kraft Erhaltenswertes in die Gesetzlichkeiten einzubringen wie bei der Erarbeitung des Per-

sonalvertretungsgesetzes für das Land Brandenburg. Dass sich manches andere – trotz großer Anstrengungen – nicht durchsetzen ließ, konnte er bis zuletzt nicht verkraften. Für ihn standen die Kolleginnen und Kollegen des Senftenberger Theaters immer im Vordergrund. Selbst nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben hielt er ständig Kontakt und stand ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

Auch gewerkschaftlich war er weiterhin aktiv, zunächst bei der IG Medien in der Fachgruppe Darstellende Kunst und mit der Bildung von ver.di im Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie. Auch als Mitglied in der Revisionskommission des ver.di-Landesbezirkes war er tätig. In Cottbus leitete er seit der Bildung von ver.di den Bezirksfachbereich Kunst, Kultur und Medien. Durch seine unermüdliche Arbeit konnte der Fachbereich 8 hier – trotz

Ausscheiden des hauptamtlichen Sekretärs – weiter eine gute Arbeit leisten, Dieters offene, direkte Art, auf Kollegen zuzugehen und sich zu kümmern, trug wesentlich dazu bei. Er war unermüdlich und voller Tatendrang und meisterte auch die jahrelangen familiären Belastungen nach dem Unfall seiner Frau. Vor zwei

Seine offene Art wird sehr fehlen

Jahren gründete er in Cottbus das ver.di-Seniorenkabarett „Sattierchen“, dessen spiritus rector er bis zum Schluss blieb.

Der ver.di-Fachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie Cottbus trauert um einen aktiven, uns menschlich sehr nahestehenden Kollegen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

ANZEIGE



Grundlagen der Betriebsratsarbeit

Handbuch für Betriebsratsmitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen

Berlin 2004; Format: A 5, Paperback, 165 Seiten
2. aktualisierte Auflage,
ISBN: 3-937650-02-4,
Preis: 15,00 Euro



Vertragsparteien im Arbeitsleben

Lehrbuch für Praktiker:
Arbeitsvertragsparteien,
Tarifvertragsparteien,
Betriebsparteien,
Arbeitskampf

Berlin 2004; Format: A 5,
Paperback; 143 Seiten
ISBN: 3-937650-00-8,
Preis: 14,00 Euro

Autorenverlag K.M.Scheriau, Spessartstraße 4, 14197 Berlin
K.M.Scheriau@t-online.de www.k-m-scheriau.de

„Antifa“ ehrenamtlich

Journalist Erich Selbmann gestorben

Mit der Familie hatten wir im September seinen 80. Geburtstag feiern wollen. Es hat nicht sollen sein. Am 29. April 2006 starb Erich Selbmann nach langer Krankheit. In respektvoller Erinnerung bleibt uns ein streitbarer, den Idealen des Sozialismus und Antifaschismus verbundener Journalist. Nach der Rückkehr aus polnischer Kriegsgefangenschaft studierte er von 1946 bis 1948 in Leipzig Publizistik. Hier begann auch seine journalistische Arbeit. In den Folgejahren bekleidete er verschiedene Leitungsfunktionen beim Rundfunk und dem Fernsehen der DDR. Bis zum Herbst 1989 war er hier Leiter des Bereichs Dramatische Kunst.

Als die Treuhand 1990 dem eben in Ostberlin gegründeten Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN) die Konten sperrte und der Verband nicht mehr in der Lage war, hauptamtliche Redakteure für die Zeitschrift „antifa“ zu bezahlen, ge-

hörte Erich Selbmann zu den ersten, die dem Ruf des damaligen Vorsitzenden Kurt Goldstein folgten und ehrenamtlich die Weiterführung der Zeitschrift sichern halfen. Vierzehn Jahre hat er sich hier neben der Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Neofaschismus speziell der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes gewidmet (von ihm einfühlsam geschriebene Porträts deutscher und internationaler Widerstandskämpfer sind im Berliner Spotless Verlag erschienen). Erich Selbmann sah vor allem diesen Lebensabschnitt als einen Beitrag zur Erfüllung des Vermächnisses seines Vaters, des von den Faschisten zwölf Jahre durch Zuchthaus- und KZ-Haft verfolgten Fritz Selbmann: Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!

Hans Canjé

PS: Zur Jubilarehrung am 8. Juni 2006 sollte Erich Selbmann für seine 60jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt werden.

LANDESBEZIRK

Noch bis zum 28. Juli wird in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965, U-Bahn Platz der Luftbrücke, die Ausstellung „Gott grüß die Kunst!“ mit Illustrationen und Festschriften der gewerkschaftlich organisierten Drucker, Setzer und Hilfsarbeiterinnen gezeigt. Die Schau ist montags von 14 bis 17 Uhr, dienstags von 16 bis 19 Uhr sowie donnerstags und freitags von 15 bis 19 Uhr geöffnet (siehe: www.mediengalerie.org). Am 24. Juni wird das traditionelle Johannistfest gefeiert. Programm und Infos siehe Seite 3.

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am vierten Dienstag jedes Monats von 13

bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. www.ioj-journalisten-international.de

Journalistenstammtisch:

Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „cum laude“, Universitätsstr. 4, Ecke Dorotheenstr. (Mitte). Nächste Termine am 26. Juni und 24. Juli, siehe www.dju-berlinbb.de

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

Verlängerung: Der Abgabetermin von Manuskripten für die dritte Anthologie des Berliner VS

– diesmal zum Thema „Herz und Schmerz – Berliner Liebesgeschichten“ – ist um einen Monat bis zum 30. Juni 2006 verlängert worden (Informationen siehe www.vs-berlin-brandenburg.de oder Sprachrohr 1/06).

VERLAGE & AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: Sommerfest am 22. Juni ab 14 Uhr im „Springbornclub“ (siehe Seniorenecho)

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Okt. und

Dez.) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

Bitte vormerken: Außer der Reihe am Sonnabend, dem 7. Oktober 2006, ab 11 Uhr, im größeren Kreis zum 60. Jahrestag der Agenturgründung (Weitersagen!)

MUSIK

Mitgliederversammlung am 23. Juni 2006, 10:00 zum Thema „Musikschullehrer/in: Beruf oder Ehrenamt?“ sowie der Wahlen eines neuen Vorstandes.

BILDENDE KUNST

KunstKreuz 2006 vom 23. Juni bis 21. Juli unter dem Motto „Offenes Spielfeld Berlin“. Infos unter 030/ 695 366 55 oder www.kulturring.org

RFAV MEDIEN

Darstellerstammtisch: Jeden ersten Montag im Monat ab 17 Uhr im Restaurant „Götterspeise“ in der Neuköllner Oper, direkt U7 Karl-Marx-Str.

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN

Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie, Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Fachgruppen 3, 4 und 5

Gemeinsame Mitgliederversammlung der Fachgruppen Papier-, Pappe- und Kunststoffe verarbeitende Industrie, Druckindustrie und Verlage sowie Verlage und Agenturen

am 2. September, 10.30 Uhr, im ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 10 179 Berlin, Raum 6.06

Fachgruppe 6 RFAV-Medien

(alle Medienschaffenden, die nicht zu den Sendeverbänden bzw. zum Filmverband gehören, z.B. privater Rundfunk, Neue Medien, etc.)

am 21. Juni, 18 bis 21 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 3.12

Fachgruppe 7

Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union (dju)

am 19. August, 14 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, Saal Aida
Erster Teil: Diskussionsrunde zum Thema „Journalisten und BND“

Fachgruppe 10

Theater und Bühnen, Veranstaltungswesen, kulturelle Einrichtungen, Darstellende Kunst
am 4. September, 15 bis ca. 20

Uhr, im ver.di-Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Saal Aida.

Erster Teil: Offene Diskussionsrunde mit Kultursenator Thomas Flierl und den kulturpolitischen Sprechern der Abgeordnetenhaus-Fraktionen zum Thema „Kunst und Kultur – gestern, heute, morgen“. Mitgliederversammlung ab ca. 17.30 Uhr

Fachgruppe 11 Musik

am 23. Juni, 10 Uhr, im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 6.06

Tagesordnung der Mitgliederversammlungen

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss der Wahl- und Geschäftsordnung
4. Wahl der Tagungsleitung, der Mandatsprüfungskommission
5. Geschäftsbericht des Vorstandes
6. Aussprache
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahl des Vorstandes
9. Wahl der Delegierten zu Landes- und Bundesfachbereichskonferenzen
10. Diskussion und Beschluss von Anträgen
11. Schlusswort

NEUE VORSTÄNDE

Neue Bezirksfachbereichsvorstände gewählt:

Frankfurt/Oder

Peter Eliasch, BR-Vors. MOZ (Vorsitzender)

Renate Kuhlisch, stellv. BR-Vors. MOZ (Stellv. Vorsitzende)

Reiner Melle, Musikschullehrer MS FFIO

Dieter Lehmann, Senior Marlies Hornauf, Seniorin

Cottbus

Jutta Giesecke, Brandenburgische Kulturstiftung - Staatstheater Cottbus (amt. Sprecherin)

Adrian Zachow, Lausitzer Rundschau Druckerei, BR-Vors. (amt. Sprecher)

Erika Volkmann, Seniorin

Jörg Naumburger, Lausitzer Rundschau Druckerei, BR

Monika Amrell, Lausitzer Rundschau Medienverlag, stellv. BR-Vors.

Potsdam

Karin Wagner, BR Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH

Gunar Wagner, BR Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH Magda Gressmann, Freie Fotojournalistin

Jürgen Schäfer, Mitglied des ver.di-Sendeverbandes im RBB

Dr. Detlef Gwosc, Filmwissenschaftler, freier Dozent

In Potsdam wurde erstmalig ein Vorstand gewählt, die Funktionsverteilung erfolgt Ende Juni auf der konstituierenden Sitzung.

Sprachrohr 3/06

erscheint am 21.08.06
Redaktionschluss am 19.07.06

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion:

Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.
Tel.: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung:

Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/613096-64, Fax: 030/613096-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel.: 030/613936-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin,

Tel.: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Ab** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.vv

Inszenierung endet mit Kündigung

Eine Exklusivmeldung des Berliner Tagesspiegels über Susanne Ostoffs Nominierung für den Grimme-Preis kam einen Redakteur des Blattes teuer zu stehen – er hatte die Archäologin selbst vorgeschlagen. Das Berliner Arbeitsgericht erklärte Ende Mai seine Kündigung für rechters.

Im Januar dieses Jahres hatte Politikredakteur Jost Müller-Neuhof die Medienredaktion seines Blattes über die Nominierung der ehemaligen Irak-Geisel Susanne Osthoff für einen Grimme-Preis informiert. In der Mail an die Kollegen fehlte jedoch ein entscheidender Hinweis: Urheber des vermeintlichen scoops war kein geringerer als Müller-Neuhof selbst. Zwar fand der damalige Medienressortleiter Joachim Huber bei der Gegenrecherche heraus, wer hinter der Sache steckte. Gleichwohl berichtete er „exklusiv“ über den Vorschlag, allerdings ohne den Urheber zu nennen.

Als die Sache ruchbar wurde, setzte es gegen den Tagesspiegel Kritik und Vorwürfe – vor allem von Seiten der Wettbewerber.

Der „Focus“ brandmarkte das Blatt als „Zeitung, die Aufmerksamkeit ertrickste“. Andere Publikationen verspotteten den Tagesspiegel (Slogan: „rerum causas cognoscere“ = (den Dingen auf den Grund gehen) als Organ, das seine Mediengeschichten selbst inszeniert. Die Konsequenzen: Medienressortchef Huber gab die Ressortleitung ab, wurde aus dem

Vorwurf der Instrumentalisierung

Impressum gestrichen, durfte aber nach der Rückkehr aus dem Urlaub weiter schreiben – „zur Bewährung“, wie es aus seinem Umfeld heißt. Müller-Neuhof dagegen wurde entlassen.

Eine Güteverhandlung Mitte April scheiterte. Der Tagesspiegel begründete sein hartes Vorgehen mit dem Vorwurf, der Redakteur habe versucht, die Zeitung für seine eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Dabei sei die Wahrheit eher zufällig ans Licht getreten.

Müller-Neuhof, der sich schriftlich für sein Verhalten entschuldigt hatte, verwies darauf, dass der Leiter der Medienredaktion um seine Urheberschaft gewusst und dennoch den inkriminierten Artikel verfasst habe. Angesichts dieser Umstände sei seine Kündigung unverhältnismäßig. Die Anregung des Gerichts, als mildere Strafe eine Abmahnung Müller-Neuhofs in Erwägung zu ziehen, wurde vom Tagesspiegel jedoch verworfen.

Bei der Verhandlung vor dem Berliner Arbeitsgericht am 24. Mai erklärte Müller-Neuhof, er habe „im Binnenverhältnis der Redaktion“ kein Problem damit gehabt, sich zu seiner Urheberschaft zu bekennen. Mit der Geheimhaltung habe er lediglich verhindern wollen, dass andere Medien die Sache in für den Tagesspiegel ungünstiger Weise aufgriffen. Die Chefredaktion sei von ihm bewusst nicht informiert worden, um sie nicht zur Mitwisserin der Aktion zu machen. Müller-Neuhofs Verteidiger Johannes Eisenberg argumentierte, es sei von

Anfang an „völlig klar“ gewesen, dass die Urheberschaft bekannt werden würde. Sein Mandant habe es der Medienredaktion vollständig selbst überlassen, ob sie die Meldung veröffentlicht. Zudem habe er sich schriftlich entschuldigt.

Demgegenüber erneuerte der Rechtsvertreter des Tagesspiegels den Vorwurf, der entlassene Redakteur habe seine Urheberschaft „bewusst verschwiegen“, in der Hoffnung, seine „medienpolitische Offensive“ zum Erfolg zu führen. Gerade diese „versuchte Manipulation“ habe die kritischen Reaktionen anderer Medien ausgelöst. Zudem habe der Redakteur seine Entschuldigung nachträglich entwertet. So habe er der Redaktion im Gegenzug vorgeworfen, sich ihm gegenüber „aktiv rufschädigend“ verhalten zu haben, weil die Zeitung den „verleumderischen Presseberichten“ über seine „Manipulationsversuche“ nicht entschieden entgegengetreten sei. Das für eine weitere Zusammenarbeit erforderliche gegenseitige Vertrauen sei aufgrund dieser Entwicklung nicht mehr gegeben.

Das Berliner Arbeitsgericht wertete das Vorgehen des Redakteurs als „erhebliche Pflichtverletzung“ und erklärte die Kündigung für wirksam. Der Journalist habe die Chefredaktion über seine Urheberschaft im Unklaren gelassen. „Wegen dieser Illoyalität und des absichtsvollen Verhaltens des Redakteurs sei eine Abmahnung nicht ausreichend gewesen“... Ob Müller-Neuhof gegen die Entscheidung (AZ 78 Ca 4112/06) Berufung einlegt, war bei Redaktionsschluss nicht bekannt.

Günter Herkel

ANZEIGE

**bleifrei Medien + Kommunikation • Prinzessinnenstr. 30 • 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0 • info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de**



KULTUR Wir sind versiert in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.



GEWERKSCHAFT Wir sind engagiert in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.

SOZIALES Wir sind kompetent und ideenreich im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.

